

Exilforschung · Ein internationales Jahrbuch · Band 3

Fördernde Institutionen/Supporting Institutions

Akademie der Künste, West-Berlin

Leo-Baeck-Institute, New York

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Lion-Feuchtwanger-Institute, Los Angeles

University of Alabama

State University of New York at Albany

Technische Universität Berlin

California State University, Long Beach

University of South Carolina, Columbia

Wayne State University, Detroit

Philipps-Universität Marburg

Smith College, Northampton

University of Illinois, Urbana

Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Hessischer Sparkassen- und Giroverband

EXILFORSCHUNG

EIN
INTERNATIONALES
JAHRBUCH

Band 3

1985

Gedanken an
Deutschland im Exil
und andere Themen

Herausgegeben im Auftrag der
Gesellschaft für Exilforschung / Society for Exile Studies
von Thomas Koebner, Wulf Köpke und Joachim Radkau

edition text + kritik

Anschrift der Redaktion
Prof. Dr. Thomas Koebner
Institut für Neuere deutsche Literatur
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
3550 Marburg

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Exilforschung: e. internat. Jahrbuch / hg. im
Auftr. d. Ges. für Exilforschung. – [München]:
edition text + kritik
Erscheint jährl.
Bd. 3 (1985) –

© edition text + kritik GmbH, München 1985
Satz: Fertigsatz GmbH, München
Druck: Weber Offset GmbH, München
Buchbinder: Vogel GmbH, Haar
Umschlagentwurf: Dieter Vollendorf, München
ISBN 3-88377-205-4

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		9
<i>Gedanken an Deutschland im Exil</i>		
Bernd Faulenbach	Der »deutsche Weg« aus der Sicht des Exils. Zum Urteil emigrierter Historiker	11
Ehrhard Bahr	Paul Tillich und das Problem einer deutschen Exilregierung in den Vereinigten Staaten	31
Helga Grebing	Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? Perspektiven linkssozialistischer Emigration für den Neuaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur	43
Willi Jasper	»Sie waren selbständige Denker«. Erinnerungen an die »Affäre Breitscheid/Hilferding« und die sozialdemokratische Emigration von 1933 bis 1945. Ein Gespräch mit Fritz Heine	59
Joachim Radkau	Richard Wagners Erlösung vom Faschismus durch die Emigration	71
<i>Politik der Verfolgung – Politik der Verfolgten</i>		
Lieselotte Maas	Kurfürstendamm auf den Champs-Élysées? Der Verlust von Realität und Moral beim Versuch einer Tageszeitung im Exil	106

Claus-Dieter Krohn	»Nobody has a right to come into the United States«. Die amerikanischen Behörden und das Flüchtlingsproblem nach 1933	127
Patrik von zur Mühlen	Der »Gegenführer« im Exil. Die Otto-Strasser-Bewegung in Lateinamerika	143
Richard Albrecht	»Die ›braune Pest‹ kommt ...«. Aspekte der Verfolgung Frank Arnaus im Exil 1933/34	158
Helmut G. Asper	Max Ophüls gegen Hitler	173
Beate Messerschmidt	»Von Deutschland herübergekommen«. Die Vertreibung des freiheitlichen Gildengeistes 1933. Zur Buchgemeinschaft »Büchergilde Gutenberg«	183

Exil als geistige Lebensform – der Autor im fremden Land

Dagmar Barnouw	Exil als Allegorie: Walter Benjamin und die Autorität des Kritikers	197
Erich Kleinschmidt	»Sprache, die meine Wohnung war«. Exil und Sprachidee bei Peter Weiss	215
Wulf Köpke	Die Wirkung des Exils auf Sprache und Stil. Ein Vorschlag zur Forschung	225
Alexander Stephan	Ein Exilroman als Bestseller. Anna Seghers' <i>The Seventh Cross</i> in den USA. Analyse und Dokumente	238
Georg Bollenbeck	Vom Exil zur Diaspora. Zu Oskar Maria Grafts Roman <i>Die Flucht ins Mittelmäßige</i>	260
Siegfried Mews	Von der Ohnmacht der Intellektuellen: Christopher Hamptons <i>Tales from Hollywood</i>	270

Lebensläufe im Exil

Klaus Müller-Salget	Zum Beispiel: Heinz Liepmann	286
Heike Klapdor-Kops	»Und was die Verfasserin betrifft, läßt uns weitersehen«. Die Rekonstruktion der schriftstellerischen Laufbahn Anna Gmeyners	313
Thomas Lange	Emigration nach China: Wie aus Klara Blum Dshu Bailan wurde	339
Alfons Söllner	Deutsch-jüdische Identitätsprobleme. Drei Lebensgeschichten intellektueller Emigranten	349
Friedrich Kröhnke	Surrealismus und deutsches Exil. Eine mexikanische Episode	359
Hans Keilson	»Sie werden von niemandem erwartet«. Eine Untersuchung über verwaiste jüdische Kinder und deren ›sequentielle Traumatisierung«	374
	Kurzbiographien der Autoren	396

Vorwort

Als Einstiegsthema war für diesen Band das Stichwort »Deutschland« ausgegeben worden. Die Auswanderung, die Flucht konnte nur dann zum »Exil« werden, wenn man irgendeine, über territoriale Grenzen hinausreichende Vorstellung von »Deutschland« besaß und sich selber innerhalb dieses imaginären Landes zu lokalisieren vermochte. Unter den Emigranten war besonders während der ersten Jahre die Vorstellung beliebt, sich als das »wahre«, das »bessere« Deutschland zu begreifen. Man mag daran zweifeln, ob dieses Selbstgefühl – auf der Ebene der Manifeste und feierlichen Akte zur Schau gestellt – auch das Alltagsbewußtsein des Exils prägte; schon Tucholsky hat über ein derartiges Wunschdenken seinen bitteren Spott ausgegossen. In neuerer Zeit neigt die Geschichtsforschung dazu, eher die Zusammenhänge zwischen der NS-Zeit und der davorliegenden deutschen Geschichte herauszuarbeiten. Die Bemühungen des Exils, die deutsche Kultur als ein »anderes Deutschland« und einen Widerpart zum Faschismus aufzubauen, wirken aus heutiger Sicht leicht als eine geistige Sackgasse: Mag diese Strategie auch im Kampf gegen den Nazismus nicht ohne Nutzen gewesen sein, so scheint sie doch kaum über 1945 hinauszuführen. Für die spätere wissenschaftliche Diskussion über deutsche Kontinuitäten sind indessen – was bisher kaum wahrgenommen worden ist – im Exil ebenso Grundlagen geschaffen worden.

Dennoch – der Anspruch des Exils, das kulturelle Erbe Deutschlands zu hüten und an eine neue Zukunft zu vermitteln, war keine bloße Phrase. Die Emigranten verkörperten gewiß ein erhebliches Stück der deutschen Kultur: allerdings kein einheitliches, das sich auf einen Begriff hätte bringen lassen, auch nicht auf den Begriff »Antifaschismus«. Man muß unterscheiden – und hier liegt ein weites Forschungsfeld – zwischen den Vorstellungen, die das Exil von sich selbst und »seinem« Deutschland ausbildete, und den deutschen Traditionen, die es tatsächlich umfaßte und fortentwickelte. Zwar gab es die Deutschland-Ideale und -Pläne des Exils; aber es gab auch ungeplante und unvorhergesehene Einwirkungen von Emigranten auf das politische und kulturelle Klima Deutschlands nach 1945.

Ist es zulässig, dabei von deutscher »Identität« zu reden? Am ehesten wohl in dem folgenden Sinne: Die neuere deutsche Geschichte wurde zum Lehrstück schlechthin für die katastrophalen Konsequen-

zen des autonomen Nationalstaats und der Gleichsetzung von Politik und Gewalt. Von nationaler historischer Identität ist in Deutschland heutzutage am ehesten dort zu reden, wo diese Lehre angenommen wird – am allerwenigsten bei einem Nationalismus, der die reale deutsche Geschichte mit ihren Konsequenzen nicht sehen will. Zu einer deutschen Identitätsfindung dieser Art hat das Exil vieles beigetragen: Denn in ihm begann der Diskurs über die ›Wende‹ von 1933 und nicht erst nach 1945. Natürlich führte er nicht zu einem einhelligen Ergebnis; auch die deutsche Spaltung wurde im Exil vorbereitet.

Mindestens so gewichtig aber wie jenes »andere Deutschland«, das die Emigranten in der Vergangenheit suchten, sind jene neuen politischen und kulturellen Identitäten, die sich unterdessen im Exil entwickelten. Der erzwungenen Ausbildung eines anders gearteten Selbstverständnisses im Exil – oft gleichbedeutend mit der Vernichtung des alten Ich und seiner spezifischen Vergangenheit und Zukunft – gelten die Beiträge, die unter dem Stichwort »Lebensläufe« versammelt sind. Nicht selten ist hier von einer Abkehr die Rede, einer Abkehr in Gedanken und Taten. Doch der Versuch, eine ganz neue Identität zu finden, gelingt sehr selten, so hartnäckig er auch unternommen wird. Wie immer man den Grad der Determinierung des Menschen durch die Muttersprache einschätzen mag: jeder Schriftsteller des Exils ist mit dem Problem konfrontiert gewesen, in welcher Sprache er denn jetzt eigentlich schreiben solle – und für welches Publikum.

Identität war in besonderem Maße für deutsch-jüdische Emigranten in Frage gestellt. Sie hatten sich in ihrer Mehrheit als ehrliche deutsche Patrioten gefühlt und die Ideale der deutschen Kultur besonders ernst genommen. Mit dem Entzug der Existenzmöglichkeit und dann der Androhung der physischen Vernichtung war ihnen weit mehr genommen worden als nur ein »Gastland«. Ihr Leiden an Deutschland fiel besonders intensiv aus, und es gelang ihnen keineswegs leichter als anderen, ihre nationale Identität abzuschütteln. So spiegeln sich Deutschland-Probleme auch auf individueller Ebene, unabhängig davon, ob ein Mensch politisch aktiv gewesen ist oder nicht.

Bernd Faulenbach

Der »deutsche Weg« aus der Sicht des Exils. Zum Urteil emigrierter Historiker

Zur Gruppe der Historiker

Die seit der Reichsgründung sich entwickelnde Vorstellung, daß sich die deutsche politische, soziale und kulturelle Entwicklung von der übrigen europäischen, insbesondere der westeuropäischen, grundlegend unterscheide, bildet eine wesentliche Komponente deutscher Selbstinterpretation und damit auch der realen historischen Entwicklung, die sie zugleich – wenn auch vielfach gebrochen – reflektiert.¹ Offensichtlich gab es für das Bildungsbürgertum in der späteren Bismarckzeit und in der Wilhelminischen Zeit ein ausgesprochenes Bedürfnis, das Kaiserreich und seine spezifische Struktur im historischen Zusammenhang und im Hinblick auf die andersartige westeuropäische Entwicklung zu rechtfertigen, ein Bedürfnis, das unter den Vorzeichen des Kulturkrieges im Ersten Weltkrieg zur Ausbildung der »Ideen von 1914« führte. Der die besondere deutsche Entwicklung legitimierenden Anschauung stand vor 1914 freilich in der Sozialdemokratie und ansatzweise auch im Linksliberalismus eine Einschätzung gegenüber, nach der die politische Entwicklung Preußen-Deutschlands als Fehlentwicklung oder als durch Rückständigkeit und Stagnation gekennzeichnet zu begreifen war.

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches, die Novemberrevolution und die Etablierung der Weimarer Republik 1918/19 schienen ein Einmünden der deutschen in die (west)europäische Entwicklung und damit die Aufgabe einer besonderen deutschen Entwicklung zu signalisieren – und so ist die neue Situation, verbunden mit einer kritischen Bewertung der Geschichte des Kaiserreiches, vielfach auch gesehen worden. Daneben aber stand das Bemühen um Kontinuität zur besonderen deutschen Entwicklung der Vergangenheit oder auch der dezidierte Wille, die besondere deutsche Entwicklung durch Überwindung der Weimarer Republik und ihrer Kultur freizusetzen.² Die NS-Machtübernahme wurde zwar als »deutsche Revolution«, zugleich aber auch als Rückkehr zu den preußisch-deutschen Traditionen der Vergangenheit interpretiert.³ Unzweifelhaft machte sie das erneute Auseinandertreten der deutschen und der westeuropäischen Entwicklung manifest. Und ähnlich wie vor dem Ersten Weltkrieg standen sich zwei Wertungen gegenüber: die des positiven deutschen Weges und die der deutschen Anomalie, wobei letzteres in Deutschland nicht mehr offen artikuliert werden konnte.

Wir fragen in dieser essayistischen Skizze nach der Beurteilung der deutschen Entwicklung durch Emigranten, genauer durch emigrierte Historiker, die nicht nur Opfer dieser »besonderen« Entwicklung waren, sondern sich mit dieser auch – qua Profession – beschäftigten.⁴ Bei allen politischen und weltanschaulichen Unterschieden hatten die emigrierten Historiker – wie alle Emigranten – »eine gemeinsame biographische Erfahrung, nämlich die politisch veranlaßte, wenn nicht erzwungene Auswanderung oder Flucht aus dem Herrschaftsbereich des nationalsozialistischen Regimes«.⁵ Es soll hier gefragt werden, wie sie diese Erfahrung, aber auch die politische Entwicklung in Deutschland, den Zweiten Weltkrieg, die deutsche Niederlage und die deutsche Nachkriegsentwicklung, in ihrer Beurteilung der deutschen Geschichte verarbeitet haben.⁶ Gibt es gemeinsame Züge der Interpretation der Geschichte durch diese Historiker? Welche Haltung nahmen sie gegenüber dem Vansittartismus ein, der eine spezifische Interpretation der deutschen Geschichte implizierte?⁷ Welche Rolle spielt die Anschauung der politischen Kultur der Gastländer, namentlich die Englands und der USA?

Wir gehen diesen Fragen im wesentlichen an Hand von drei historischen Komplexen nach:

- der Beziehung von deutscher Geschichte und deutschem Charakter,
- der preußisch-deutschen Entwicklung, der Rolle Preußens für die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts, der Reichsgründung und der Geschichte des Zweiten Reiches und ihrer Folgen,
- der Geschichte des »anderen Deutschlands«, der Rolle des deutschen Idealismus und der Geschichte des deutschen Liberalismus und der Demokratie.

Selbstverständlich kann die Beurteilung der deutschen Geschichte durch emigrierte Historiker nicht abstrahieren von der Gesamtdiskussion über die besondere deutsche Entwicklung. Es ist vielmehr zu fragen nach der Kontinuität der Interpretationen zur Diskussion der Weimarer Zeit, nach dem kommunikativen Zusammenhang zu gleichzeitigen Interpretationen der Historiker im NS-Deutschland – auch in der Negation ist eine dialektische Verknüpfung denkbar – und zur Nachkriegsdiskussion in Deutschland, wobei von Interesse ist, inwieweit die Emigranten auf die Nachkriegsdiskussion haben einwirken können.

Eine Auseinandersetzung mit der Historiographie der Emigration kann sich dementsprechend nicht auf die Jahre 1933 bis 1945 beschränken, sondern hat die Vor- und Nachgeschichte einzubeziehen. In politisch-wissenschaftlicher Hinsicht, d. h. in ihrer Stellung zu den vorherrschenden Positionen der Zukunft, bildet ein Teil der später emigrierenden Historiker schon in der Weimarer Zeit eine Gruppe mit eigenem Profil, wenn auch nicht unbedingt mit einem gemeinsamen Gruppenbewußtsein; unter den emigrierten Historikern herrschen liberale, linksliberale und linke Positionen vor.⁸ Zu berücksichtigen

hat die Beschäftigung mit der Historiographie der Emigration auch, daß nicht wenige der emigrierten Historiker erst nach 1945 größere Arbeiten über die besondere deutsche Entwicklung veröffentlicht haben, abgesehen davon, daß nur ein Teil – von den namhaften Historikern nur Hans Rothfels – nach Deutschland zurückgekehrt ist. 1945 kann also keineswegs als Ende der Emigrationsdiskussion betrachtet werden. Wie die kulturelle Emigration als »Teil der deutschsprachigen Kultur im 20. Jahrhundert« zu sehen ist⁹, so die Geschichtsschreibung der emigrierten Historiker als Teil der deutschen historischen Diskussion dieser Epoche.

I Deutsche Geschichte und deutscher Nationalcharakter

Im Hintergrund zahlreicher Diskussionen von Emigranten stand – wenn auch nicht immer ausgesprochen – die Frage, wie es zu 1933 kommen konnte. In einer Deklaration des »Fight for Freedom Committee«, einer Vereinigung der Vansittartisten in England, anlässlich der 10. Wiederkehr der NS-Machtergreifung, heißt es: »The 30th January was not a break with, but the result of German political development for the last three generations.«¹⁰ Doch gerade aus der Sicht dieser Richtung waren die Ursachen von 1933 nicht nur in der neuesten deutschen Geschichte, sondern vor allem im deutschen Nationalcharakter zu suchen. In welcher Beziehung standen aus der Sicht der Emigration Nationalcharakter und Geschichte? Helmuth Plessner stellt in der Neuauflage seines 1935 in Holland erschienenen Buchs über das *Schicksal des deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche* pointiert fest: »feste Charakteranlagen für die Taten und Leiden einer Nation verantwortlich machen (...) heißt aber die Geschichte umdrehen, in der und an der sie sich gebildet haben.«¹¹

Schon in der Geschichtsschreibung der Weimarer Zeit war der deutsche Volkscharakter Gegenstand historischer Betrachtung gewesen und zusammen mit der deutschen geopolitischen Lage als wichtige Determinante der deutschen Geschichte genannt worden.¹² Auch bei den emigrierten Historikern spielte der Begriff eines deutschen Volks- bzw. Nationalcharakters eine bedeutsame Rolle, nicht zuletzt auch deshalb, weil bestimmte deutsche Spezifika aus der Sicht des Exils besonders bewußt wurden. Einige der Nationalcharakter-Interpretationen der Emigranten waren freilich schon in der Weimarer Zeit entstanden, so Eugen Rosenstock-Huessys Buch über die europäischen Revolutionen, das der Autor für das amerikanische Publikum umschrieb. Rosenstock-Huessy erklärte die Entstehung der europäischen Nationen aus revolutionären Umbrüchen, wobei die deutsche Nation ihre Prägung durch die Fürstenrevolution der Reformation erhalten hatte.¹³ Auch das 1937 in Zürich erschienene Buch Erich Kahlers *Der deutsche Charakter in der Geschichte Europas*, das den deutschen Charakter im Hinblick auf die verschiedensten Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zu bestim-

men versucht, war noch in der Endphase von Weimar geschrieben worden.¹⁴

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die Frage nach dem deutschen Charakter zum Thema der englischen und amerikanischen Öffentlichkeit, was sich zwangsläufig auch auf die Diskussion der Emigranten auswirkte. Der Schriftsteller Emil Ludwig interpretierte den Nazismus als »akuten Ausbruch eines Jahrhunderte schwebenden Verhängnisses«; er sah den Nazismus als Produkt der gesamten deutschen Geschichte.¹⁵ Doch auch Veit Valentins während des Krieges entstandenes, 1946 in New York veröffentlichtes Buch *The German People: Their History and Civilization from the Holy German Empire to the Third Reich* läßt die Tendenz erkennen, die Prägung des Nationalcharakters durch die Geschichte und der Geschichte durch den Nationalcharakter in einer Weise aufzuschlüsseln, die eine Affinität zu völkerverherrlichenden Deutungen zu verraten scheint.¹⁶ »Wer seine Geschichte studiert« – so meint Valentin – »kommt dem deutschen Volkscharakter näher und wird, wenn er es richtig macht, den deutschen Volkscharakter verstehen (...)«.¹⁷

Valentin stellt zwar – die Linie seiner Geschichtsschreibung über die Revolution von 1948 in der Weimarer Republik fortsetzend¹⁸ – auch die Geschichte der liberalen und demokratischen Kräfte in Deutschland dar; er versucht zu zeigen, »wie wesentlich die Zusammengehörigkeit der Deutschen mit ihren westlichen Nachbarn immer war, wie stark demokratische und liberale Kräfte gegen den Militarismus und Autoritätsglauben arbeiteten, warum es immer wieder revolutionäre Bewegungen gab und wieso sie bis jetzt scheiterten«.¹⁹ Doch interpretierte er zugleich den Nationalsozialismus als »die Summe der deutschen Vergangenheit« und als die »entscheidende Lebenskrise des deutschen Volkes«.²⁰ Der Nazismus wiederhole »alle wichtigeren Triebkräfte der deutschen Geschichtsentwicklung, um sie zu einer Krise von einzigartiger Spannung zusammenzufassen«.²¹ Im Nationalsozialismus zum Ausdruck kommende Merkmale des deutschen Volkscharakters waren aus Valentins Sicht u. a. folgende kollektive Unzulänglichkeiten: Servilität, Engherzigkeit, kriegsbereite Autoritätsgläubigkeit, Einseitigkeit, wie sie u. a. das deutsche »Fachmenschtum« kennzeichne, Irrationalismus und Wirklichkeitsferne, mangelnde Fähigkeit zur internationalen Politik – Aspekte, die Valentin vor allem mit geographischer Vielfalt und kleinstaatlich-obrigkeitsstaatlichen Strukturen in Zusammenhang brachte.²² Wie andere deutsche Historiker – z. B. Gerhard Ritter²³ – große Einzelpersönlichkeiten als Verkörperung des deutschen Nationalcharakters betrachtend, kennzeichnet Valentin Hitler als das »deutsche Genie als Demagoge«²⁴, wobei deutlich wird, wie schwer es bei Beibehaltung eines traditionellen, auf die Einzel- und Kollektivindividualitäten gerichteten, die Sozial- und Strukturgeschichte weitgehend ausblendenden Blickwinkels war, den Nationalsozialismus im Kontext der deutschen Geschichte zu erklären.

Zu Valentins, die Emigrantensituation reflektierender, zwiespältiger Interpretation, nach der der Nazismus Ausdruck der deutschen Geschichte ist und es dennoch ein »anderes Deutschland« gibt, paßt es, daß das Buch mit der Bekundung der Hoffnung auf ein neues Deutschland abschließt.²⁵ Die Emigranten haben sich während des Krieges und danach vielfach gegen eine zu weitgehende Identifikation von deutschem Volk und Nationalsozialismus gewandt, so etwa Hans Rothfels 1947 in seinem Vortrag über den deutschen Widerstand, der dem Stereotyp des unterwürfigen und amoralischen Deutschen widersprach.²⁶ Die Wandelbarkeit der Deutschen, die Voraussetzung der Reeducation und auch eigener pädagogischer Bemühungen war, wurde in der Nachkriegszeit häufig betont.²⁷

Zugleich aber ist die Frage nach den langfristigen politisch-kulturellen Prägungen der deutschen Nation in der Nachkriegszeit immer wieder von den Emigranten gestellt worden. Der Politologe Franz Neumann, der mit seinem *Behemoth* eines der bedeutendsten Bücher der Emigration über das NS-System geschrieben hat und an der Entwicklung amerikanischer Neuordnungsvorstellungen Anteil hatte, meinte 1948, daß es gewiß schwierig sei, über die psychische Struktur der deutschen Nation Aussagen zu machen, dagegen aber möglich, »sich über die hervorstechenden Tatsachen der deutschen Geschichte weitgehend zu einigen, über ihre Besonderheiten, die Deutschland von Westeuropa unterscheiden«, und nannte dabei insbesondere das Fehlen einer erfolgreichen Revolution und einer militanten liberalen Bewegung, so daß der Fortschritt immer von oben diktiert worden sei: »Die Eigentümlichkeit der modernen deutschen Geschichte läßt sich in der These zusammenfassen, daß sie wesentlich die Geschichte der herrschenden Klassen und nicht die Geschichte des Volkes ist.«²⁸ Die Frage nach dem deutschen Nationalcharakter verschob sich zur Frage nach den Spezifika deutscher Geschichte. Hans Kohn – der in einem weiteren Sinne Emigrantenkreisen zugerechnet werden kann²⁹ – unterstrich in seinem Buch *The Mind of Germany. The Education of the Nation*, daß kein Volk von Natur aus militaristisch oder aggressiv sei, vielmehr Produkt geschichtlicher Umstände und Entscheidungen.³⁰ Insofern erschien ihm der NS nicht als Abirrung, eher schon als Konsequenz deutscher Geschichte oder bestimmter – nicht zuletzt geistesgeschichtlicher – Traditionen.

Ganz überwunden wurde die charakterologische Interpretation der deutschen Geschichte unter den Emigranten in den Nachkriegsjahren freilich nicht, wie Erich Kahlers in den fünfziger Jahren entstandenes Buch *The Germans* zeigt, in dem er, die Thesen seines früheren Buches noch zuspitzend, die Prägung des deutschen Charakters bis in die Zeit der Auseinandersetzung der germanischen Stämme mit dem Imperium Romanum zurückverfolgte, mit seiner Interpretation freilich auf den Widerspruch Gerhard Masurs stieß, der zwar die Existenz von Nationalcharakteren anerkannte, doch diese als »Ergebnis unendlich vieler Einflüsse und Umstände« bezeichnete.³¹

Es läßt sich feststellen, daß emigrierte Historiker, an der Diskussion in der angelsächsischen Öffentlichkeit über den deutschen Nationalcharakter partizipierend, dessen Prägungen – ähnlich wie Historiker in der NS-Zeit – mehr oder weniger weit in die Geschichte verfolgt haben. Dieses Bemühen überschneidet sich mit dem Versuch, Charakteristika der deutschen Geschichte festzustellen und Kontinuitäten aufzuweisen. Unverkennbar waren die Historiker um Gesamtdeutungen deutscher Geschichte bemüht und liefen dabei Gefahr, die Interpretation deutscher Geschichte allzusehr zu vereinfachen.

Felix Gilbert meinte deshalb, die Frage nach der Kontinuität zwischen deutscher Geschichte und NS-Regime könne nicht durch eine abstrakte Diskussion über den deutschen Charakter und die deutsche Geschichte beantwortet werden. Am Beispiel der Mitteleuropa-Idee zeigte Gilbert, wie der Nationalsozialismus eine problematische Tradition aufgegriffen und die mit ihr verknüpften Ziele radikalisiert habe; der Nationalsozialismus führte mithin Traditionen fort und transzendierte sie.³²

II Das Kaiserreich und seine Folgen

Eine zentrale Rolle in der Diskussion über die besondere deutsche Entwicklung in der Weimarer Zeit und zum Teil auch der NS-Zeit hat das zweite deutsche Kaiserreich gespielt. Die große Mehrheit der Historiker war dabei der Ansicht, daß Bismarcks Lösung des deutschen Problems als die der deutschen Lage und der Zeit angemessene Form staatlicher Verfaßtheit zu betrachten sei, die auch im Hinblick auf die Gegenwart zukunftsweisende Momente enthalte.³³ Nur wenige Historiker haben sich dieser Einschätzung entzogen, unter ihnen einige der später emigrierenden Historiker.

So bezeichnete der Althistoriker Arthur Rosenberg in seiner 1928 veröffentlichten *Entstehung der deutschen Republik*, ähnlich wie der deshalb heftig befandete Johannes Ziekursch³⁴, diesen Staat als »von Anfang an todkrank«, da es Bismarck nicht gelungen sei, »die verschiedenen Kräfte, die im deutschen Volke vorhanden waren, organisch miteinander zu verbinden.«³⁵ Hinter der bonapartistischen Fassade seien die politischen Machtverhältnisse zwischen Militäradel und Bürgertum ungeklärt geblieben, mit der zwangsläufigen Konsequenz der politischen Korrumpierung des Bürgertums und einer Repression der auf politische Emanzipation drängenden Arbeiterklasse. Folge der strukturellen Mängel sei eine »politische Dauerkrise« gewesen, die sich in der Wilhelminischen Zeit verschärft und in der Revolution 1918 kulminiert habe.³⁶

Arthur Rosenberg hat Elemente dieser Interpretation – etwa Bismarcks korrumpierende Wirkung auf das deutsche Bürgertum³⁷ – auch in Veröffentlichungen nach seiner Emigration vertreten und das Scheitern der ersten deutschen Republik vor allem mit der Beibehaltung des alten Staatsapparats und der ausbleibenden gesellschaftli-

chen Umgestaltung erklärt.³⁸ Die NS-Massenbewegung freilich versuchte er im Zusammenhang marxistischer Faschismusanalyse aus der Krise des Kapitalismus zu erklären, wobei er 1934 die deutsche Entwicklung noch keineswegs als eine »besondere« begriff.³⁹

Die Geschichte des Kaiserreichs als Konstitutivum der besonderen deutschen Entwicklung hat demgegenüber im Lichte der NS-Zeit – aus der Sicht des englischen Exils – der liberale Jurist und Historiker Erich Eyck, der sich schon in der Weimarer Zeit kritisch mit Themen des Kaiserreichs und seiner Vorgeschichte beschäftigt hatte⁴⁰, in mehreren – methodisch gewiß konventionell auf das Handeln »großer Männer« konzentrierten – Werken, insbesondere in seiner Bismarck-Biographie, dargestellt, wobei er die deutsche an der englischen Entwicklung mißt.⁴¹ Eyck sieht Bismarck als den Mann, der zwar die deutsche Einheit realisierte, doch durch die Wahl seiner Mittel und seine preußisch-konservative Orientierung die deutsche politische Kultur deformierte, indem er – anders als der liberale englische Staatsmann Gladstone⁴² – den Ausgleich von Macht und Moral unmöglich machte und eine Verfassung schuf, die wirkliche parlamentarische Einrichtungen ausschloß und damit die Vermittlung von gesellschaftlicher Entwicklung und politischem System verhinderte.⁴³ Als Folge der ausgebliebenen Parlamentarisierung sieht Eyck das die Fortdauer der Herrschaft Ostelbiens ermöglichende »persönliche Regiment« und das Fehlen politischer Köpfe in der Wilhelminischen Zeit.⁴⁴ Für Eyck ist die Entwicklung des Reiches durch das Zurückbleiben, die Unvollendetheit der deutschen Verfassungsentwicklung gekennzeichnet, wobei er dieser – nicht ohne idealisierende Tendenz – das national geeinte und sozial gefestigte England mit seinen parlamentarischen Einrichtungen gegenüberstellt, die Freiheit nach innen und machtvolle äußere Politik ermöglichen. Die Emigration hat zweifellos Eycks schon vorher vorhandene Orientierung am englischen Vorbild verstärkt.

Von emigrierten Historikern ist die Reichsgründung und die Bismarcksche Politik durchweg kritischer gesehen worden als von den Historikern in Deutschland, wenn auch einzuräumen ist, daß es auch hier angesichts der »deutschen Katastrophe« zu einer Diskussion über das Bismarckbild kam, die indes – wie die vielfach geforderte Überprüfung aller Traditionen – nicht wirklich zu einer Revision des Geschichtsbildes führte.⁴⁵

Charakteristisch für diese Divergenz in den Nachkriegsjahren ist Hajo Holborns Kritik an seinem Lehrer Friedrich Meinecke, der 1948 in einem Aufsatz die Schicksalhaftigkeit der deutschen Entwicklung betont hatte.⁴⁶ Holborn vermochte – die Möglichkeiten einer Nationalstaatsbildung unter Führung des Liberalismus kontrafaktisch diskutierend – nicht den tatsächlichen Weg der Reichsgründung als unausweichlich und sinnvoll zu betrachten. Gegen Meinecke, der inmitten der Tragödie überall auch Züge echter Kultur zu finden glaubte, kritisierte Holborn die – eben aus der Geschichte des deutschen Bürger-

tums erklärliche – Trennung von Kultur- und Staatswerten; Moral und Kultur hätten sich – so argumentierte Holborn unter angelsächsischem Einfluß – gerade in den harten Auseinandersetzungen mit den Realitäten zu bewähren.⁴⁷

Bismarck und die Bismarcksche Politik wurden von den emigrierten Historikern zwar nicht in eine Linie mit Hitler und dem Nationalsozialismus gerückt, wie dies teilweise in Deutschland während der NS-Zeit oder auch – in kritischer Absicht – in der alliierten Öffentlichkeit geschah, doch wurde von ihnen die Frage nach den Fehlentwicklungen nachdrücklicher gestellt als von den meinungsführenden deutschen Historikern der Nachkriegszeit, die – wie z. B. Gerhard Ritter – in Bismarcks Politik geradezu den diametralen Gegensatz zu Hitler sahen und den Nationalsozialismus im wesentlichen als eine Erscheinung des Massenzeitalters, eine Folge der Modernisierung, aber eben damit nicht vorrangig als Erscheinung der deutschen Geschichte interpretierten.⁴⁸

III Die preußische Tradition

Die besondere Rolle Preußens in der deutschen Geschichte, aber auch die besondere Hochschätzung des Preußentums in der NS-Zeit, hat zwangsläufig diesen Komplex für die Emigranten zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzung machen müssen. Wie ausgeprägt die preußenkritische Haltung sein konnte, zeigt der Pädagoge Friedrich Wilhelm Foerster, der nicht im Nazismus, sondern im Preußentum den Hauptgegner sah.⁴⁹

Auch wies die Neigung der Emigrationshistorie, von 1933 und dem Dritten Reich Kontinuitäten in die preußische Geschichte hinein zu suchen, formal Übereinstimmungen mit Tendenzen der Geschichtswissenschaft in Deutschland während der NS-Zeit auf – wobei der Unterschied in der Bewertung lag –, während sie in Spannung zwar nicht zur Nachkriegspublizistik, wohl aber zur Nachkriegshistoriographie stand, die die historische Distanz zwischen dem alten Preußen und dem modernen Nationalsozialismus herauszuarbeiten suchte und bestritt, daß das alte Preußen gleichsam eine Vorstufe des NS-Systems gewesen sei.⁵⁰

Beispiel einer kritischen Preußensicht ist etwa das Buch *Der Irrweg einer Nation* von Alexander Abusch, der im Widerstand arbeitete, in Konzentrationslager gesperrt wurde, nach 1941 in Mexiko lebte und später einer der maßgeblichen Kulturpolitiker der DDR wurde.⁵¹ Abusch sah im »Preußengeist«, den er in engen Zusammenhang mit dem deutschen Militarismus brachte, »eine entscheidende – wenn auch nicht die einzige – reaktionäre Quelle des Nazigeistes«. Für ihn bot die historische Entwicklung Preußens und seine Wirksamkeit bis in die Kriege des 20. Jahrhunderts »einen der Schlüssel – wenn nicht den alleinigen – zur Lösung des deutschen Rätsels«. ⁵² Charakteristisch für Preußen war die militaristische Organisation und seine Staatsideo-

logie, vor allem aber – wie Abusch das Preußenbild Franz Mehrings fortschreibend betont – auch die Fortdauer der Herrschaft des junkerlichen Militäradels trotz der industriellen Revolution und der großen bürgerlichen Revolution in Westeuropa. Und dieser Herrenkaste schrieb Abusch »ein gerütteltes Maß Schuld« daran zu, »daß Deutschland schließlich in die tragisch-verbrecherische Entwicklung eines überheblichen Militarismus und Imperialismus gedrängt wurde«. ⁵³ Abusch ordnete Bismarck in diese Tradition ein, sah ihn aber zugleich als Gegenrevolutionär, der den Rechtsbegriff im deutschen Adel und im deutschen Bürgertum und damit die deutsche politische Kultur korrumpiert hat. Abusch stellte einen »tiefen inneren Zusammenhang« her »zwischen dem Geist von Potsdam und dem später durch das neue Element des Monopolkapitalismus entscheidend geformten Geist des deutschen Imperialismus«. ⁵⁴

Abuschs Buch war eine auf die deutsche gesellschaftliche und politische Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg zielende Interpretation deutscher Geschichte. Daß die Exilsituation und die mit ihr gegebene kritische Distanz eine neue wissenschaftliche Sicht der preußischen Geschichte ermöglichen konnte, zeigen die Arbeiten Hans Rosenbergs, die in mancher Hinsicht Fragen des 1933 in den USA verstorbenen Eckart Kehr weiterführen. ⁵⁵

Rosenberg hat später berichtet, daß nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den von Hitler entfesselten Krieg, zu einem Zeitpunkt, als der Ausgang des globalen Krieges noch keineswegs klar war, in ihm »der verwegene Entschluß« gereift sei, »eine umfassende Sozialgeschichte der vorindustriellen preußisch-deutschen Herrschaftseliten in Angriff zu nehmen«. Mit dem Blick auf säkulare Konsequenzen wollte er »Kontinuität und Wandel der kollektiven Wesenszüge, Interessen, Mentalität, funktionalen Rollen und Verhaltensweisen dieser strategisch plazierten Sozialgruppen einer kritischen Überprüfung« unterziehen. ⁵⁶ Ergebnisse dieses Planes sind Aufsätze, in denen er die Formierung und Konsolidierung der politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Herrschaftsstellung des Landadels vom späten 14. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts sowie den Struktur- und Rollenwandel der großagrarisches Rittergutsbesitzerklasse im Industriezeitalter untersucht hat ⁵⁷, und vor allem sein Buch *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660–1815* ⁵⁸, das die politischen und sozialen Faktoren analysiert, die in Preußen den bürokratischen Absolutismus und jene politisch-gesellschaftliche Strukturen herausgebildet haben, die für eine spätere Demokratisierung Deutschlands außerordentlich hinderlich gewesen sind. Rosenberg stellt dar, wie die sich entwickelnde Bürokratie, die anfänglich in starkem Gegensatz zur aristokratischen Hierarchie stand, mit dem alten Adel verwuchs, wobei die zentrale Verwaltung immer aristokratischer und der Adel seinerseits bürokratischer wurde. Die preußischen Reformen waren danach ein Parteikampf innerhalb der herrschenden Klasse. Rosenberg sieht in dem »Dreiecksverhältnis von Bürokratie, Adel und

Autokratie« zählebig Machtstrukturen entstehen, die zusammen mit einer spezifischen Kultur den Aufstieg eines selbstbewußten Bürgertums und eines starken Liberalismus gehemmt haben und wesentliche Dispositionen für die autoritären Regime des 19. und 20. Jahrhunderts bis zur totalitären Herrschaft Hitlers schufen.⁵⁹

Rosenbergs kritische Sicht zielte auf das restaurative Klima in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre, in der aus Rosenbergs Sicht der Nationalsozialismus zum puren Betriebsunfall der deutschen Geschichte reduziert wurde.⁶⁰ In der Tat war der Gegensatz zum Preußenbild in der westdeutschen Geschichtsschreibung offensichtlich, die Kontinuitäten zwischen Preußen und dem Dritten Reich weitgehend leugnete, vielmehr geradezu eine Gegensätzlichkeit behauptete.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die preußisch-deutsche Geschichte durch die emigrierten Historiker ungleich kritischer beurteilt wurde als in der überwiegend um Verteidigung des traditionellen Geschichtsbildes bemühten Geschichtsschreibung in der frühen Bundesrepublik^{60a}. Erst eine jüngere Generation hat dann die von der Emigration, vor allem von Rosenberg ausgehenden Impulse aufgenommen.

IV Die »Tragödie des deutschen Liberalismus«

In der Geschichtsschreibung vor 1933 sind die liberalen und demokratischen Bewegungen der deutschen Geschichte vielfach sehr ambivalent beurteilt worden und im Begriffsschema »Deutscher Geist und Westeuropa« ideologisch – und dies gilt insbesondere für die Linke – Westeuropa zugeordnet worden.⁶¹ Die kleine Gruppe linksliberaler und demokratischer Historiker, zu der Veit Valentin, Ludwig Bergsträsser und Gustav Mayer gehörten⁶², hat demgegenüber nicht nur liberale und demokratische Volksbewegungen zum vorrangigen Forschungsgegenstand gemacht, sondern diese auch als konstitutives Element der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts zu erweisen versucht.⁶³

Wie am Beispiel Valentins bereits gezeigt, haben emigrierte Historiker sich darum bemüht, die Geschichte der liberalen und demokratischen Bewegungen, die Geschichte des »anderen Deutschland«, dem man sich zugehörig fühlte, als wichtige Entwicklungslinie der deutschen Geschichte zu akzentuieren.⁶⁴ Doch kam man dabei nicht an der Tatsache vorbei, daß dieses »andere Deutschland« 1933 erneut unterlegen und durch den Nationalsozialismus zurückgedrängt worden war, ohne daß es kämpferischen Widerstand geleistet hatte. Diese Niederlage, wie die Kette von Niederlagen dieses »anderen Deutschland« überhaupt, galt es zu erklären und überschattete unverkennbar sein Bild.

Im Vergleich mit den durch den Liberalismus geprägten westlichen Gesellschaften konnten dementsprechend die Schwäche von Liberalismus und Demokratie nicht weniger als die NS-Herrschaft selbst als

Kennzeichen der besonderen deutschen Entwicklung erscheinen. So haben emigrierte Historiker (und ihre Schüler) die Frage nach diesem Spezifikum deutscher Geschichte und die damit zusammenhängende Frage nach der politischen Geschichte des deutschen Bürgertums als Schlüsselfragen betrachtet.

Als Beispiel für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Liberalismus aus der Emigrationsperspektive mag hier Friedrich C. Sells *Tragödie des deutschen Liberalismus* dienen⁶⁵, ein Buch, das deutsche politisch-kulturelle Spezifika vor dem Hintergrund der Emigrationserfahrung zu bestimmen sucht: »Nur in dem täglichen Umgang mit dem Andersgearteten wird man sich der eigenen Voraussetzungen, Gewohnheiten und Vorurteile klar.«⁶⁶ Sell fragt nach dem »anderen Deutschland«, das so recht niemals zum Zuge gekommen ist⁶⁷, und entwirft ein Bild der deutschen Geschichte, in dem den Negativfaktoren Preußentum-Protestantismus, Servilität der geistigen Elite usw. als positive Faktoren der Liberalismus, die Ideen der Menschenrechte und der liberale Verfassungsstaat gegenüberstehen. Sell geht davon aus, daß der in Westeuropa früher entwickelte Liberalismus bis 1848 auch in Deutschland auf fruchtbaren Boden fiel. 1848/49 bedeutete eine erste Schwächung des nun realpolitisch werdenden Liberalismus. Entscheidend jedoch war für die »Tragödie des deutschen Liberalismus«, daß dieser 1866 mit der Annahme der Indemnitätsvorlage den Weg innerer Spaltung beschritten hat. Zwischen Macht und Ideal zerrieben, nahm der Liberalismus in der Verbindung mit imperialistischen Phantasmagorien weiteren Schaden⁶⁸, um in der Weimarer Republik durch Erosion seiner Trägerschichten vollends ausgehöhlt zu werden und geradezu zwangsläufig gegenüber dem Nationalsozialismus zu versagen.

Sell beschreibt die »Tragödie des deutschen Liberalismus« als eine Geschichte der Niederlagen und der inneren Schwächung; mit dem Blick auf ein bestimmtes ideelles Leitbild des Liberalismus, zu dessen Merkmalen die Naturrechtslehre der Aufklärung und der Verzicht auf nationale Machtpolitik gehören. Überspitzt läßt sich sagen, daß er die Geschichte des deutschen Liberalismus als Geschichte der Akzeptanz und der Aufgabe einer bestimmten Philosophie beschreibt, wobei die besondere deutsche Geistesgeschichte – schon die Romantik überwand die Naturrechtslehre, zu der Sell, wie andere Emigranten, nun die Deutschen zurückführen will – insgesamt als überaus problematische Entwicklung erscheint. Am ehesten entspricht noch der gemäßigte Liberalismus Süddeutschlands mit seiner Verbindung von altrechtlichen Betrachtungsweisen und liberaldemokratischem Partizipationswillen dem Ideal Sells, zumal der noch keine Verbindung mit dem antiwestlichen Nationalismus eingegangen war.⁶⁹ Sells Buch sieht weitgehend von einer Einbeziehung gesellschaftlicher Probleme und Interessen ab, wodurch der Niedergang des deutschen Liberalismus als geistig-moralischer Verfall erscheinen kann. Zugleich zielt das Buch auf eine geistig-moralische Neuorientierung durch Rückkehr zu

liberalen Ideen und stellt ein Stück Selbstvergewisserung liberalen Denkens dar.

In größere Distanz gerückt ist die Geschichte des deutschen Liberalismus bei Leonard Krieger, einem Schüler Hajo Holborns, der die Linie einer kritischen Interpretation des deutschen Liberalismus fortführt. Sein Buch über *The German Idea of Freedom*⁷⁰ macht als Charakteristika des deutschen Liberalismus nicht nur eine ausgesprochene Distanz zum Ideal der Volkssouveränität aus, sondern auch eine spezifische Idee der Freiheit, die die Realisierung von Freiheit in der Verbindung mit staatlichen Strukturen sucht. Krieger sieht die Problematik des deutschen Liberalismus und die tiefste Ursache seines Scheiterns in seiner positiven Beziehung zum gegebenen Obrigkeitsstaat, der sich liberale Elemente so weit assimilieren konnte, daß sie diesen nur belebten, aber nicht überwinden. Unverkennbar hat nach dieser Darstellung, die ihren Fluchtpunkt letztlich im Nationalsozialismus hat, der deutsche Liberalismus keine wirkliche Alternative zur vollzogenen Entwicklung geboten.⁷¹

Der bereits erwähnte Hans Rosenberg, der in seiner 1932 fertiggestellten Studie über Haym den Ursachen für die Verschiedenheit des deutschen und des westeuropäischen Liberalismus sowie der Entfremdung Deutschlands von der westeuropäischen Entwicklung nachgegangen war, hat den Niedergang des deutschen Liberalismus in seiner Arbeit über die *Große Depression und Bismarckzeit* zusammen mit dem Aufkommen des Antisemitismus und – von Rosenberg so bezeichneter – präfaschistischer Einstellungen stärker in ökonomisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen als Auswirkungen der Depression unter den spezifischen politisch-kulturellen Bedingungen Mitteleuropas untersucht und damit wichtige Hinweise für die Aufarbeitung der Spezifika der deutschen Gesellschaftsgeschichte geliefert.⁷²

Nicht selten wurde der Niedergang des deutschen Liberalismus als Teil der »verspäteten« Geschichte des deutschen Bürgertums gesehen, dem es nicht gelang, zur dominierenden politischen Kraft zu werden. Nach der Realisierung seiner »Ideale«, des Rechtsstaats und der »nationalen Einheit«, hat sich demnach das deutsche Bürgertum politisch-kulturell an die bislang herrschenden Schichten angelehnt, wobei es im Nationalismus eine gemeinsame Basis mit den alten Führungsschichten fand, was sich noch in den antidemokratischen Verhaltensmustern des deutschen Bürgertums in der Weimarer Republik auswirkte und zu deren Scheitern beitrug.⁷³

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß von den emigrierten Historikern der deutsche Liberalismus – und ähnliches läßt sich partiell auch für die Sozialdemokratie feststellen – als Bestandteil der problematischen besonderen deutschen Entwicklung und nur bedingt als virtuelle Alternative zu dieser betrachtet worden ist.

V Von Luther zu Hitler?

In der Weimarer Zeit waren unter den Historikern Luthers Reformation, der Idealismus und der Historismus als konstitutive Komponenten des deutschen Denkens betrachtet worden. Eine Annäherung des deutschen an das westeuropäische Denken wurde vielfach mit Skepsis gesehen oder abgelehnt, von einer Minderheit – zu der die später emigrierenden Historiker vornehmlich gehörten, eine Ausnahme bildet Hans Rothfels – bejaht, wobei die politischen Implikationen des sogenannten deutschen Denkens eine wichtige Rolle spielten.⁷⁴

Die Frage nach der deutschen geistesgeschichtlichen Tradition wurde im Exil – seit 1939 durch die Diskussion in der alliierten Öffentlichkeit verstärkt angeregt⁷⁵ – neu gestellt. Schon Helmuth Plessner hat 1935 zur Frage der deutschen Geistesgeschichte einen bedeutenden – allerdings in der Emigration teilweise unbekannt bleibenden – Beitrag geschrieben.⁷⁶ Ausgehend von der Frage des deutschen Protests gegen den politischen Humanismus des Westens diskutierte Plessner die Geistesgeschichte des deutschen Nationalismus mit dem Ziel, Wurzeln der Ideologie des Dritten Reiches aufzudecken. Zu den von Plessner erörterten historischen Komplexen gehörte das Luthertum, das religiöse Energien weckte, die in dem obrigkeitlich reglementierten Kirchenwesen nicht gebunden blieben, sich einerseits in Weltfrömmigkeit und innerweltlichen Eschatologien auswirkten, andererseits eine radikale Kritik daran evozierten, mit der Konsequenz, daß diese Kritik sich selbst aufhob und an ihre Stelle die »autoritäre Biologie« trat. Kennzeichnend war aus der Sicht Plessners die durch seine Verspätung bedingte mangelnde Verwurzelung des deutschen Bürgertums in Humanismus, Rationalismus und Aufklärung, ein Umstand, der sowohl einen ausgesprochenen Modernismus als auch den romantischen Historismus förderte. Die politische Entwicklung verstärkte die politisch-ideologische Schwäche dieses Bürgertums, mit der Folge seiner Wendung gegen die Ideen des Westens.⁷⁷ Plessners Niveau der Reflexion der deutschen Geistesgeschichte ist im Exil – aber auch darüber hinaus – selten erreicht worden.

Verstärkt kritisiert wurde die deutsche Geistesgeschichte als Vorbereitung des Nationalsozialismus während des Krieges, wobei namentlich das Luthertum, aber auch die Staatslehre Hegels und der Nihilismus Nietzsches eine Rolle spielten. Der Soziologe Carl Mayer räumte zwar ein, daß Affinitäten zum Nationalsozialismus erkennbar seien, betonte jedoch die unterschiedlichen Entstehungskontexte. Er selbst wollte den Nationalsozialismus mit dem deutschen Bürgertum, dem konservativen intellektuellen Erbe des Protestantismus und auch mit dem Antiliberalismus des Marxismus in Beziehung setzen.⁷⁸ Doch wenn der Idealismus meist auch nicht in die intellektuelle Vorgeschichte des Nationalsozialismus eingeordnet wurde, so drängte sich

doch zunehmend die Einsicht in die Unfähigkeit der klassischen deutschen Kultur auf, zur politischen Kultur zu werden.⁷⁹

Hajo Holborn hat in der Nachkriegszeit die Frage aufgeworfen, inwieweit der deutsche Idealismus für die Trennung der deutschen und der westeuropäischen Entwicklung mitverantwortlich sei. Holborn, der sich in der Weimarer Zeit gegen eine zu einfache und den Gegensatz zu Westeuropa überbetonende Sicht der deutschen Geistesgeschichte gewandt hatte⁸⁰, gelangte in seinem 1952 veröffentlichten Aufsatz »Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung«⁸¹ zu dem Ergebnis, daß der deutsche Idealismus sich in der Ausbildung einer spezifischen Kultur der Innerlichkeit ausgewirkt habe, die auf der einen Seite die Rolle der christlichen Religion aushöhlte, auf der anderen Seite Staat und Ethik miteinander verknüpfte. So entstand eine bildungsaristokratische Kultur ohne tiefe soziale Bindekraft, während zugleich der Beamten- und Militärstaat eine Weihe erhielt, die nicht nur der Machtpolitik zugute kommen mußte, sondern auch eine innere Integration der alten und der neuen Klassen erschwerte. – Holborns Überlegungen standen im Gegensatz zu der im Nachkriegsdeutschland auffälligen Rückwendung zum deutschen Idealismus. Auch die klassische Periode der deutschen Geistesgeschichte war nach seiner Auffassung Teil der problematischen deutschen Geistesgeschichte. Allerdings lehnte es Holborn nachdrücklich ab, die Wurzeln des Nationalsozialismus in dieser Periode zu suchen.⁸²

Recht intensiv wurde von emigrierten Historikern und ihren Schülern, nicht zuletzt von Hajo Holborn und seinen Schülern, die Frage nach den intellektuellen Ahnherren des Nazismus untersucht; Kenneth Barkin hat von einer »Jagd nach geistigen Vorläufern« gesprochen, von einem Versuch, einen »geistigen Stammbaum« des Nazismus zu rekonstruieren⁸³, der im übrigen zwangsläufig Berührungspunkte mit Tendenzen der NS-Zeit aufweisen mußte. Die Entstehung und Entwicklung nationalistischen, völkischen, rassistischen, antiwestlichen, antiliberalen und kulturpessimistischen Denkens als »German ideology« wurde u. a. von Hans Kohn, Fritz Stern (*The Politics of Cultural Despair*) und George Mosse (*The Crisis of German Ideology*) erforscht.⁸⁴ Eine kritische Haltung nicht nur gegenüber dieser Strömung, sondern gegenüber der – wie Richard Löwenthal formuliert hat⁸⁵ – ganzen »deutschen Zwischenkultur« war unter den der Emigration zuzuordnenden Historikern während der vierziger, fünfziger und sechziger Jahre vorherrschend.

Allerdings löste sich die Generation der emigrierten Historiker, die ihre wissenschaftliche Ausbildung in Deutschland vor oder nach dem Ersten Weltkrieg erhalten hatte, keineswegs völlig von den deutschen wissenschaftlichen Traditionen, sondern versuchte diese teilweise sogar in das neue Umfeld einzuführen.⁸⁶ Es ist deutlich, daß einige der emigrierten Historiker die besondere deutsche Entwicklung vorrangig als Problematik der deutschen Geistesgeschichte thematisierten, was man – mit Radkau – mit der besonderen Rolle der Meinecke-Schule in

der Emigration und mit der Exilsituation erklären mag.⁸⁷ Auf jeden Fall erhielt so der deutsch-westeuropäische ideologische Gegensatz, zu dessen Überwindung man beitragen konnte und wollte, ein besonderes Gewicht. Auch auf diesem Feld wurde die Frage nach der Kontinuität der deutschen Geschichte eindringlicher gestellt als in der Nachkriegsgeschichtsschreibung, die die Linie von Luther zu Hitler stets als Beispiel einer abwegigen Kontinuitätskonstruktion gewertet hat – was sie gewiß auch war, nicht aber die Frage nach Kontinuitätslinien deutscher Geschichte. Und auch hier ließ sich die These von den zwei Deutschland nicht halten.

Resümee

Die grobe Behandlung einiger Komplexe in der Diskussion über die besondere deutsche Entwicklung – die u. a. um den Komplex der Kontinuität deutscher Außenpolitik vom zweiten zum Dritten Reich zu erweitern wäre – ermöglicht eine Einordnung in die Diskussion über den »deutschen Sonderweg«.

(1) Unverkennbar setzt die Emigrationshistoriographie jene kritische Sicht der deutschen Geschichte fort, die in der Weimarer Zeit von einer kleinen Minderheit von Historikern unter dem Eindruck des Untergangs des Kaiserreichs und seines scheinbaren Einmündens in die von Westeuropa bestimmte europäische politisch-kulturelle Entwicklung vertreten worden ist, einer Minderheit, die sich teilweise in der Emigration wiederfindet, hier freilich das Scheitern der ersten Republik und die NS-Machtergreifung in die kritische Sicht der deutschen Geschichte einzuarbeiten hat.

(2) Die Beschäftigung mit den Spezifika der deutschen Geschichte kreist bei den Emigranten zum Teil um die gleichen historischen Komplexe wie in der Diskussion der Weimarer Zeit, um die Rolle Preußens und die Geschichte des Kaiserreichs, die Geschichte des Liberalismus und der Demokratie in Deutschland, nicht zuletzt um die deutsche Geistesgeschichte, um Luther, den Idealismus und die Romantik. Gewiß wurde auch im mainstream der Historiographie nach 1918 die deutsche Geschichte als durch Überlagerung und Verwicklung verschiedener Probleme gekennzeichnet gesehen, doch verteidigte man die Spezifika der neueren preußisch-deutschen politischen Kultur nachdrücklich, während nur eine Minderheit die mit ihr verbundenen Hemmnisse für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur hervorhob.

Für die Historiker in der Emigration waren diese Spezifika angesichts der offenkundigen Fortsetzung der besonderen deutschen Entwicklung Teil des insgesamt als Fehlentwicklung begriffenen Gangs der neuesten deutschen Geschichte. Konsequenz dieser Sichtweise war, daß es in der Emigration zunehmend schwieriger wurde, die positiven Linien der deutschen Geschichte zu bestimmen, da auch die Traditionen des geistigen Deutschlands ebenso wie auch die verschie-

denen politischen und kulturellen Bewegungen auf ihre Beziehung zum Dritten Reich hin zu betrachten waren.

In dem Versuch, Kontinuitäten der deutschen Geschichte bis zu NS-Deutschland aufzuzeigen, konnte die Interpretation der Emigranten – zumindest formal – mit bestimmten Tendenzen im Geschichtsbeußtsein der NS-Zeit konvergieren, in dem ebenfalls die deutsche Geschichte vom Dritten Reich her in den Blick kam, wobei natürlich die Wertungen diametral entgegengesetzt waren.⁸⁸ Auf diese Weise blieb die historische Interpretation der Emigranten dem Dritten Reich dialektisch verbunden.

(3) Die emigrierten Historiker haben die Auseinandersetzung über das alte Thema »Deutschland und der Westen« fortgeführt. Die Vorstellung einer besonderen deutschen Entwicklung war stets mit der Gegenüberstellung von Deutschland und dem Westen verbunden gewesen. Dies gilt auch für die kritische Variante, die schon im Kaiserreich an der westeuropäischen Entwicklung orientiert war. Und auch die hypothetische Ideallinie der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts aus »Weimarer« Sicht war unverkennbar von einer gewiß harmonisierten westeuropäischen Entwicklung abstrahiert, wie umgekehrt die Vorstellung eines positiven deutschen Weges ein Negativklichee der westlichen Entwicklung enthielt. Die Exilsituation führte dazu, daß die emigrierten Historiker, von denen die meisten in den USA Zuflucht fanden, Deutschland und den Westen verstärkt als antithetisch verstanden.^{88a} Auch befestigte sich bei ihnen die Vorstellung, die westliche – und das hieß die englische und die amerikanische – sei die normale, dem säkularen Prozeß der Demokratisierung entsprechende, während die deutsche die abweichende, die Sonderentwicklung sei. Die Emigration wurde geradezu als Chance begriffen, die deutsche Anomalie schärfer zu erfassen.⁸⁹ Implizit ist in den Darstellungen der deutschen Geschichte häufig ein Vergleich mit der westlichen Entwicklung enthalten und vielfach auch eine Identifikation mit dieser erkennbar. Sie enthielt damit ein legitimatorisches Moment für »westliche« Ideen und für eine an diesen orientierte politische Neuordnung im Nachkriegsdeutschland.

(4) Die emigrierten Historiker haben – weniger als die Politologen und Soziologen – die NS-Herrschaft kaum als Erscheinungsform des kapitalistischen Wirtschaftssystems oder als Problem sich modernisierender Gesellschaften unter dem Aspekt totalitärer Herrschaft, sondern vorrangig als Problem deutscher Geschichte diskutiert, was freilich schon aufgrund ihrer Kompetenz für deutsche Geschichte nahe lag.⁹⁰ Man mag darin eine unzulässige Fixierung auf die deutsche Entwicklung sehen, »in der in negativer Weise jene deutsch-nationalistische Vorstellung [weiterwirkt], daß Deutschland etwas Besonderes sei (...)«.⁹¹ Doch läßt sich auch umgekehrt sagen, daß gerade diese Fixierung ein Ausweichen vor der Kontinuitätsproblematik deutscher Geschichte verhindert hat.

(5) Die Interpretation deutscher Geschichte durch emigrierte Histo-

riker unterscheidet sich nicht unerheblich von vorherrschenden Interpretationsmustern der Geschichtswissenschaft in der Nachkriegszeit, einer Geschichtswissenschaft, die im übrigen die Arbeiten der Emigranten teilweise ignoriert hat. Zwar forderte auch sie eine Überprüfung aller Traditionen, doch richtete sich ihr Bestreben – teilweise als Gegenbewegung gegen überdehnte Kontinuitätsthesen in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit nach 1945 – zunehmend auf die Wiederherstellung des von den NS-Zusätzen befreiten traditionellen nationalen Geschichtsbildes, wobei die NS-Zeit unter dem Gesichtspunkt der Diskontinuität eingeordnet wurde.⁹² Dabei ist anzumerken, daß sich dieses Geschichtsbild auch teilweise nicht mit dem »westlichen« Selbstverständnis der Bundesrepublik verband. Unverkennbar haben die emigrierten Historiker die deutsche Geschichte entschiedener von der Epoche 1933–45 her in den Blick genommen. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß manche der emigrierten Historiker, insbesondere die politisch eher links orientierten, zunächst weitgehend unbeachtet blieben und erst in den sechziger Jahren von einer jüngeren Historiker-Generation entdeckt wurden, deren Frage nach den politisch-gesellschaftlichen Kontinuitäten seit dem 19. Jahrhundert auf das restaurative Klima der Nachkriegsperiode zielte. So haben einige dieser Historiker eine bemerkenswerte Spätwirkung ausüben können.⁹³

Insgesamt gesehen wird man eine Reihe von emigrierten Historikern und ihre Schüler wohl zu den entschiedensten Vertretern der Sonderwegs-These zählen können. Zweifellos tendiert diese These dazu, von bestimmten Epochen und Ereignissen her – hier von 1933 und dem Dritten Reich – die vielschichtige und widersprüchliche Vergangenheit auf bestimmte Kontinuitätslinien zu verengen. Doch nirgendwo war sie als Interpretationsmuster deutscher Geschichte verständlicher als in der Emigration.

1 Vgl. dazu: Bernd Faulenbach, »Deutscher Sonderweg«. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins. In: APUZ 1981, B 33, S. 3–21; ders., Die These vom deutschen Sonderweg und die historische Legitimation politischer Ordnung in Deutschland. In: Karl-Ernst Jeismann (Hg.), *Geschichte als Legitimation?* Internationale Schulbuchrevision unter den Ansprüchen von Politik, Geschichtswissenschaft und Geschichtsbedürfnis, Braunschweig 1984, S. 99–117. — 2 Vgl. Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980. — 3 Siehe ders., Die »nationale Revolution« und die deutsche Geschichte. Zum zeitgenössischen Urteil der Historiker. In: Wolfgang Michalka (Hg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*,

Paderborn 1984, S. 357–371. — 4 Zu den Historikern in der Emigration siehe Georg G. Iggers, *Deutsche Historiker in der Emigration*. In: Bernd Faulenbach, *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, München 1974, S. 97–111; Gerald Stourzh, *Die deutschsprachige Emigration in den Vereinigten Staaten: Geschichtswissenschaft und Politische Wissenschaft*. In: *Jahrbuch für Amerikastudien* 10, 1965, S. 59–77; Joachim Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–45*, Düsseldorf 1971, S. 50 ff.; neuerdings: Peter Th. Walther, *Emigrierte deutsche Historiker in den USA*. In: *Ber. Wissenschaftsgeschichte* 7, 1984, S. 41–52. — Der Begriff »Historiker« wird hier in einem weiteren Sinne aufgefaßt, der auch Nachbarwissenschaftler einschließt, die historische Arbeiten veröffentlicht haben. Selbstverständlich kann in dieser Skizze nur ein Teil der Emigrationshistoriographie berücksichtigt werden. — 5 M. Rainer Lepsius, *Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen*. In: *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945*. Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1981, S. 461–500, hier S. 463. — 6 Vgl. dazu Hans Rosenbergs retrospektives Urteil, der entscheidende Wendepunkt seiner Entwicklung als Historiker(!) sei nicht die Auswanderung, sondern seien »die elektrisierenden Eindrücke und Einsichten, die in den unmittelbar vorangehenden traumatischen Umbruchsjahren vom Entsetzen der großen Weltwirtschaftskrise bis zur endgültigen Zertrümmerung der Weimarer Demokratie durch die nationalsozialistische Diktatur gewonnen wurden«. (Rückblick auf ein Historikerleben zwischen zwei Kulturen. In: Ders., *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen*. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1978, S. 11–23, hier S. 12.) — 7 Vgl. dazu Joachim Radkau, *Die Exil-Ideologie vom »anderen Deutschland« und die Vansittartisten*. Eine Untersuchung über die Einstellung der deutschen Emigranten nach 1933 zu Deutschland. In: *APUZ* 1971, B 2, S. 31–48. — 8 Vgl. Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA*, S. 51 ff. Hans-Ulrich Wehler hat zu Recht darauf hingewiesen, daß Eckart Kehr, Arthur Rosenberg, Gustav Mayer, Veit Valentin, Johannes Ziekursch, Georg G. Hallgarten, auch Hedwig Hintze, innerhalb der Geschichtswissenschaft der Weimarer Zeit Außenseiterrollen einnahmen, alle, mit Ausnahme Ziekurschs, aus dem Lande getrieben wurden, so daß das Schicksal der Emigration sie zum zweiten Mal verband. (H.-U. Wehler, Einleitung zu Alfred Vagts, *Bilanzen und Balancen*. Aufsätze zur internationalen Finanz und internationalen Politik, Frankfurt/M. 1979, S. 7 ff.) — 9 Horst Möller, *Exodus der Kultur*. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984, S. 25. — 10 Kurt Grossmann und Hans Jacob, *The German Exiles and the »German Problem«*. In: *Central European Affairs* 4, 1944/45, S. 165–185, hier S. 184 — 11 Hier zitiert nach Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959, S. 22. — 12 Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, S. 31 ff. — 13 Eugen Rosenstock-Huussy, *Die europäischen Revolutionen. Volkscharaktere und Staatenbildung*, Jena 1931. Das neukonzipierte Werk erhielt den Titel: *Out of Revolution. Autobiography of Western Man*, New York 1938. — Vgl. Bernd Faulenbach, Eugen Rosenstock-Huussy. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. IX, Göttingen 1982, S. 102–126, hier S. 118. — 14 Zur Entstehung siehe Erich Kahler, *The Germans, Princeton/New Jersey* 1974, S. VIII. — 15 Siehe Emil Ludwig, *The Germans, double history of a nation*, Boston 1941. Vgl. Radkau, *Die Exil-Ideologie vom »anderen Deutschland«* und die Vansittartisten, S. 37 ff. — 16 Wie Valentin im Vorwort schreibt, hat er die erste Fassung als »Ergebnis vielfacher Erfahrung mit ausländischen Studenten« 1940 in New York niedergeschrieben und dann mehrfach überarbeitet; 1946 erschien sie bei Alfred A. Knopf in Berlin (hier und im folgenden zitiert nach der deutschen Ausgabe Berlin 1947, S. XIV f.) — 17 *Geschichte der Deutschen*, S. 727 — 18 Siehe insbes. Veit Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848/1849*, 2 Bde., Berlin 1931. Vgl. Elisabeth Fehrenbach, Veit Valentin. In: H.-U. Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. I, Göttingen 1971, S. 69–85. — 19 *Geschichte der Deutschen*, S. 737. — 20 Ebd. S. 683. — 21 Ebd. S. 629. — 22 Ebd., S. 727 ff. — 23 Vgl. z. B. Gerhard Ritter, *Luther der Deutsche*, München 1933. — 24 *Geschichte der Deutschen*, S. 686. — 25 Ebd. S. 740 f. — 26 Siehe Hans Rothfels, *The German Opposition to Hitler. An Appraisal*, Hinsdale/Illinois 1948. — 27 Siehe z. B. Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation*. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946, S. 6 f. — 28 Franz Neumann, *Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie in Deutschland* (1948). In: Ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie*. Aufsätze 1930–54, Frankfurt/M. 1978, S. 309–326, hier S. 315 f. — 29 Der aus Prag stammende Hans Kohn ging 1931 von Palästina in die USA und lehrte an der New School for Social Research. Er läßt sich Emigrantenkreisen zuordnen. Vgl. Georg G. Iggers, *Deutsche Historiker in der Emigration*, S. 104. — 30 Titel der deutschen Ausgabe: *Wege und Irrwege. Vom Geist des deutschen Bürgertums*, Düsseldorf 1962. — 31 Publiziert wurde das 1950/51 entstandene Buch erst Princeton/New Jersey 1974. — Siehe zu Kahlers Thesen Gerhard Masur,

Der nationale Charakter als Problem der deutschen Geschichte. In: HZ 221, 1975, S. 603–622. — 32 Felix Gilbert, *Mitteleuropa – The Final Stage*. In: *Journal of Central European Affairs* 7, 1947/48, S. 5–67. — 33 Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, S. 214 ff., 236 ff. — 34 Johannes Ziekursch, *Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches*, 3 Bde., Frankfurt/M. 1925–30. Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, S. 219 ff. — 35 Arthur Rosenberg, *Die Entstehung der deutschen Republik. 1871–1918*, Berlin 1928. Neuaufl. unter dem Titel: *Entstehung der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1961, hier S. 12 ff. — 36 Ebd. S. 11 f. — 37 Arthur Rosenberg, *Der Faschismus als Massenbewegung*, Karlsbad 1934, zitiert nach: Ders., *Demokratie und Klassenkampf*, Frankfurt/M. 1974, S. 272 f. — 38 Ders., *Geschichte der Deutschen Republik*, Karlsbad 1935. — 39 Siehe A. Rosenberg, *Der Faschismus als Massenbewegung*. — 40 Erich Eyck, *Des deutschen Bürgerturns Schicksalsstunde*, Leipzig und Berlin 1919; ders., *Die Monarchie Wilhelms II. nach seinen Briefen, seinen Randbemerkungen und den Zeugnissen seiner Freunde*, Berlin 1924. — 41 Vgl. Klaus Hildebrand, Erich Eyck. In: H.-U. Wehler, *Deutsche Historiker*. Bd. II, Göttingen 1971, S. 98–119. — 42 Siehe Erich Eyck, *Gladstone*, Zürich und Leipzig 1938. — 43 Erich Eyck, *Bismarck. Leben und Werk*. 3 Bde., Erlenbach-Zürich 1941–44. — 44 Ders., *Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches 1890–1914*, Erlenbach-Zürich 1948. — 45 Vgl. Ernst Schulin, *Zur Restauration und langsamen Weiterentwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*. In: Ders., *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch*, Göttingen 1979, S. 133–143. — 46 Friedrich Meinecke, *Irrwege in unserer Geschichte?* In: *Der Monat* 2, 1949/50, S. 13–24; Hajo Holborn, *Irrwege in unserer Geschichte?* ebd. S. 531–535. — 47 Ebd. S. 532 f. — 48 Siehe Gerhard Ritter, *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens*, München 1948. Allerdings hat auch Hans Rothfels, der in mancher Hinsicht eine Sonderstellung unter den emigrierten Historikern einnimmt, betont, daß unter keinen Umständen die fundamentale Tatsache übersehen werden dürfe, »daß Hitler in fast jeder Beziehung das ausgeführt hat, was zu tun der Gründer des Reiches sich weigerte« (Hans Rothfels, *Problems of a Bismarck-Biography*. In: *Review of Politics* 9, 1947, S. 363–380). — 49 Vgl. Joachim Radkau, *Die Exil-Ideologie vom »anderen Deutschland« und die Vansittartisten*, S. 46. — 50 Siehe Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, München 2. Aufl. 1959, S. 398. — Vgl. Jürgen Mirow, *Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung*, Berlin 1981, S. 180 ff., S. 231 ff. — 51 Das mit dem Untertitel »Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte« versehene Buch erschien 1946 im Aufbau-Verlag Berlin (Ost). — 52 Ebd. S. 30. — 53 Ebd. S. 32. — 54 Ebd. S. 129 f. — 55 Zu Eckart Kehr vgl. Hans-Ulrich Wehler, Eckart Kehr. In: Ders. (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. I, Göttingen 1971, S. 100–112. — 56 Hans Rosenberg, *Rückblick auf ein Historikerleben zwischen zwei Kulturen*. In: Ders., *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Göttingen 1978, S. 11–23, hier S. 19. — 57 Ebd. — Siehe Hans Rosenberg, *The Rise of the Junkers in Brandenburg-Prussia, 1410–1653*. In: *American Historical Review* 49, 1943/44, S. 1–22, 228–242. — 58 Hans Rosenberg, *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy*, Cambridge/Mass. 1958. — 59 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Vorwort zu: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974, S. 14 f. — 60 Siehe H. Rosenberg, *Rückblick auf ein Historikerleben zwischen zwei Kulturen*, S. 21. — 60a Das britische Preußen-Bild der Emigration schloß nicht unbedingt eine positive Sicht des republikanischen Preußens Otto Brauns aus. Vgl. Hajo Holborn, *Prussia and the Weimar Republic*. In: *Social Research* 23, 1956, S. 331–342. — 61 Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, S. 157 ff. — 62 Vgl. Hans Schleiher, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Köln 1975, Teil II. — 63 Vgl. z. B. die Geschichtsschreibung von Veit Valentin und Hans Rosenberg. Zu Rosenberg siehe ders., *Rückblick auf ein Historikerleben zwischen zwei Kulturen*, S. 13 f. — 64 Zur Exil-Ideologie vom »anderen Deutschland« und der Schwierigkeit, diese durchzuhalten, vgl. Joachim Radkau, *Die Exil-Ideologie vom »anderen Deutschland« und die Vansittartisten*. — 65 Friedrich G. Sell, *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, Stuttgart 1953, Neuaufl. Baden-Baden 1981. — 66 Ebd. S. 9. — 67 Ebd. S. 7 ff., Zitat S. 9. — Zur Biographie Sells siehe die Einleitung zur Neuaufl. von Rainer Koch, S. III–XXIX, insbes. S. VI f. — 68 Vgl. auch Friedrich G. Sell, *Intellectual Liberalism in Germany about 1900*. In: *The Journal of Modern History* 15, 1943, S. 227–236. — 69 Vgl. Koch S. XI. — 70 Leonard Krieger, *The German Idea of Freedom. History of a Political Tradition*, Boston 1957. — 71 Vgl. zu Krieger: Klaus Epstein, *Vom Kaiserreich zum Dritten Reich. Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1972, S. 34 ff.; Ernst Schulin, *Deutscher Liberalismus*. Rezension: L. Krüger, *The German Idea of Freedom*. In: GG 3, 1977, S. 264–272. — 72 Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*,

Berlin 1967. — 73 Siehe Hajo Holborn, *Deutsche Geschichte*, Bd. III, München 1971, S. 608 ff. Vgl. auch Gustav Mayer, *Erinnerungen*, München 1949. — 74 Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, S. 131 ff. — 75 Siehe Carl Mayer, *On the Intellectual Origin of National Socialism*. In: *Social Research* 9, 1942, S. 225 f. — 76 Helmuth Plessner, *Das Schicksal des deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche*, Zürich 1935; Neuaufl. unter dem Titel: *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, 5. Aufl. Stuttgart 1969. — 77 Siehe ebd. — 78 Carl Mayer, *On the Intellectual Origin of National Socialism*. In: *Social Research* 9, 1942, S. 225–247. — 79 Vgl. z. B. Paul Tillich, *An meine deutschen Freunde. Die politischen Reden Paul Tillichs während des zweiten Weltkriegs über die »Stimme Amerikas«*, Stuttgart 1973, S. 90–95. — 80 Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, S. 129. — 81 Hajo Holborn, *Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung*. In: *HZ* 174, 1952, S. 359–384. — 82 Siehe ders., *Ursprünge und Charakter der NS-Ideologie*. In: *APUZ* 1964, B 11, S. 16–20. — 83 Kenneth D. Barkin, *Amerikanische Forschungen (1945–1975) zur modernen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung 1945–1975*, Göttingen 1978, S. 11–45, hier S. 15 f. — 84 Hans Kohn, *German History. Some Views*, Cambridge/Mass. 1945; Georg Mosse, *The Crisis of German Ideology*, New York 1964; Fritz Stern, *The Politics of Cultural Despair*, Berkeley 1963. — Mosse und Stern verließen Deutschland im jugendlichen Alter und haben ihre akademische Karriere erst nach Ende der NS-Herrschaft begonnen, sind gleichwohl der Emigration zuzurechnen (vgl. Möller, *Exodus der Kultur*, S. 98 ff.). — 85 Richard Löwenthal, Bonn und Weimar: Zwei deutsche Demokratien. In: Heinrich August Winkler (Hg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979, S. 9–25. — 86 Vgl. z. B. Hajo Holborns Bemühen, die Philosophie Wilhelm Diltheys in die amerikanische Diskussion einzuführen (s. Faulenbach, Hajo Holborn. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. VIII, Göttingen 1982, S. 125 ff.). — 87 Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA*, S. 50 ff. — 88 Vgl. Faulenbach, »Deutscher Sonderweg«, S. 11 f. — 88a Vgl. Iggers, *Deutsche Historiker in der Emigration*, S. 104. — 89 Siehe Sell, *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, S. 7 ff.; Hajo Holborn, *Deutsche Geschichte in der Neuzeit*, Bd. I, S. XII: »Meine Verwandlung in einen Amerikaner hat mir für alle deutschen Dinge eine weitere Perspektive verliehen (...). Aber noch wichtiger war meine zunehmende Neigung, historische Phänomene auf einer vergleichenden Ebene zu beurteilen.« — 90 Vgl. Gerald Stourzh, *Die deutschsprachige Emigration in den Vereinigten Staaten: Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft*, S. 64. — 91 Joachim Radkau, *Die Exil-Ideologie vom »anderen Deutschland« und die Vansittartisten*, S. 48. — 92 Vgl. Hans Mommsen, *Betrachtungen zur Entwicklung der neuzeitlichen Historiographie in der Bundesrepublik*. In: G. Alföldy u. a. (Hg.), *Probleme der Geschichtswissenschaft*, Düsseldorf 1973, S. 124–155; Bernd Faulenbach, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*. In: *Tijdschrift voor Geschiedenis* 94, 1981, S. 29–57, hier S. 33 ff. — 93 Siehe Hans-Ulrich Wehler, *Einleitung zu Alfred Vagts, Bilanzen und Balancen*, S. 7.

Paul Tillich und das Problem einer deutschen Exilregierung in den Vereinigten Staaten

Während des Zweiten Weltkrieges gab es zwei Organisationen, die zeitweilig an den Status einer deutschen Exilregierung herankamen und irrtümlicherweise auch als solche bezeichnet wurden, obwohl sie die völkerrechtliche Anerkennung nie erhielten. Die erste Organisation war das Nationalkomitee Freies Deutschland in der Sowjetunion, die zweite der Council for a Democratic Germany in den Vereinigten Staaten. Über das Nationalkomitee Freies Deutschland sind wir hinreichend informiert durch die Monographie von Bodo Scheurig, die auch auf englisch veröffentlicht wurde.¹ Über den Council for a Democratic Germany existiert keine Monographie; es gibt lediglich zwei Aufsätze von ehemaligen Mitgliedern des Council sowie ein kurzes Kapitel in Joachim Radkaus Studie über die deutsche Emigration in den USA.² In zwei weiteren Aufsätzen hat Radkau allgemein zu Problemen der Exilpolitik Stellung genommen, wobei auch der Council erwähnt wird.³ In den einschlägigen Handbüchern und Einführungen in die Exilliteratur und das Exil in den USA wird der Council auf wenigen Seiten abgehandelt.⁴ Diese Forschungslage ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß Paul Tillich, der Vorsitzende des Council, Gesammelte Werke von über zwanzig Bänden mit umfangreichem biographischem Material hinterlassen hat.⁵ Doch in diesen Werken sind lediglich im Band XIII knapp 15 Seiten dem Abdruck von Council-Dokumenten eingeräumt.⁶ In einem biographischen Abriß hat Tillich den Council lediglich mit zwei Sätzen bedacht.⁷ In der amerikanischen Tillich-Biographie von Wilhelm und Marion Pauck umfaßt die Council-Episode vier Seiten, in der Rowohlt-Monographie von Gerhard Wehr ist dem Council eine knappe Seite gewidmet.⁸ Daß Tillich wegen des Scheiterns des Council dieses Erlebnis zu verdrängen suchte, ist psychologisch verständlich, doch kein Grund für den Historiker, diese Organisation und die Erforschung ihrer Funktion und Bedeutung zu vernachlässigen. Trotz der erwiesenen Wirkungslosigkeit des Council besitzt er Modellfunktion für das Studium der Deutschlandpolitik der Alliierten und der Legitimationsprobleme einer deutschen Exilregierung während des Zweiten Weltkrieges.

Der Council stellte eine westliche Alternative zum Nationalkomitee Freies Deutschland dar, das im Juli 1943 von deutschen Exilanten sowie kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren in der Sowjetunion

gegründet worden war. Die sowjetische Führung scheint sich zu diesem Zeitpunkt dieser Gründung als eines politischen Mittels unter anderen bedient zu haben, um – wenn möglich – ein vorzeitiges Kriegsende, selbst auf Kosten eines Kompromißfriedens mit einer deutschen Regierung, herbeizuführen. Im Juli 1943 stand die Eröffnung der Zweiten Front durch die westlichen Alliierten noch in weiter Zukunft. Trotz der militärischen Erfolge seit der Wiedereroberung von Stalingrad stand der Feind noch mitten im Land, und es war noch mit großen Verlusten der sowjetischen Truppen und der Zivilbevölkerung zu rechnen, bevor der Krieg zu Ende sein würde. Auf der anderen Seite waren nach der Niederlage von Stalingrad zahlreiche kriegsgefangene deutsche Soldaten und Offiziere zu der Einsicht gekommen, daß Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen könne. Deshalb standen sie einer Organisation aufgeschlossen gegenüber, die mit der erklärten Absicht gegründet worden war, die nationale Existenz Deutschlands durch den Sturz der Hitler-Regierung zu retten. Sie wurden darin durch Stalins bekannte Worte vom 23. Februar 1942 bestärkt, daß »die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.«⁹ Da die Sowjetunion den Krieg noch nicht gewonnen und Deutschland ihn noch nicht verloren hatte, ließen sich zu diesem Zeitpunkt die sowjetischen und deutschen Interessen auf einen Nenner bringen.

Das Nationalkomitee war nicht als Exilregierung konzipiert, aber als eine von der Sowjetunion anerkannte Vertretung deutscher Interessen, die sich als Zwischenlösung bis zur Bildung einer verhandlungsfähigen deutschen Gegenregierung anbot. Falls es dem Nationalkomitee gelänge, die deutsche Generalität zur Einstellung der Kampfhandlungen und zur geordneten Rückführung der Wehrmacht auf das Reichsgebiet zu bewegen, wurde von sowjetischer Seite als Gegenleistung ein Waffenstillstand zugesichert. Deutschland könnte einen günstigen Frieden erzielen, wenn es sich durch den Sturz Hitlers wieder verhandlungsfähig machte. Unter dieser Bedingung wäre die Sowjetunion zu einem Separatfrieden bereit, der das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 garantieren würde. Voraussetzung hierfür wäre lediglich eine bürgerlich-demokratische Regierung, die durch Freundschaftsverträge mit der Sowjetunion verbunden sein sollte.¹⁰ Der Beschluß des Manifests an die Wehrmacht und das deutsche Volk gab deutlich das Programm zu erkennen: »Für Volk und Heimat! Gegen Hitler und seinen verbrecherischen Krieg! Für sofortigen Frieden! Für die Rettung des deutschen Volkes! Für ein freies und unabhängiges Deutschland!«¹¹

Als Antwort auf sein Manifest erhielt das Nationalkomitee zahlreiche Sympathieerklärungen aus den Vereinigten Staaten, u. a. von Reinhold Niebuhr und von deutschen Exilanten wie Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf und Hubertus Prinz zu Loewenstein. Thomas Mann gab eine Erklärung für die sowjetische TASS-Agentur ab, in der er das Manifest als »legitimes Gegenstück zu der Aufforderung der

Westmächte an das italienische Volk« bezeichnete, »sich des faschistischen Regimes zu entledigen«. ¹²

Die westlichen Alliierten waren zunächst durch die Gründung des Nationalkomitees völlig überrascht worden und verhielten sich ablehnend. Die amerikanische Presse, wie z. B. die »New York Times« vom 23. Juli 1943, wertete die Gründung als einen Schachzug Stalins, um die Zweite Front durchzusetzen, und glaubte, dieses Manöver gefährde die Einheit der Anti-Hitler-Koalition der Alliierten. ¹³ Der »Aufbau«, die führende Zeitung der deutsch-jüdischen Immigration in New York, übernahm das Wort von »Stalins Schachzug« in seiner Ausgabe vom 30. Juli 1943 und kam am 13. August 1943, ähnlich wie die »Neue Volkszeitung«, das Organ des rechten Flügels der Sozialdemokratie im Exil, zu einer entschiedenen Ablehnung des Nationalkomitees wegen seiner Zusammenarbeit mit der deutschen Generalität. Der Antimilitarismus war bei beiden Exilgruppen zu stark, um sich auf die sowjetische Alternative eines Militärputsches einzulassen. Hinzu kam die ablehnende Haltung der Exil-SPD gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. ¹⁴

Bei den Exilschriftstellern an der Westküste läßt sich eine ähnliche Reaktion feststellen. Zunächst konnte man sich bei dem vielzitierten Treffen am 1. August 1943 in der Wohnung von Berthold Viertel in Santa Monica auf eine gemeinsame Sympathieerklärung für das Nationalkomitee einigen. Man begrüßte »die Kundgebung der deutschen Kriegsgefangenen und Emigranten in der Sowjetunion« und bekannte sich zu der notwendigen Unterscheidung »zwischen dem Hitlerregime (...) und dem deutschen Volk andererseits«. Aber bereits am 2. August 1943 zog Thomas Mann seine Unterschrift zurück, weil die Erklärung zu »patriotisch« sei und man damit den Alliierten »in den Rücken falle«. Die bekannte Kontroverse zwischen Thomas Mann und Bertolt Brecht im Exil wurde durch das Scheitern dieser gemeinsamen Erklärung ausgelöst, ihre Ursachen lagen aber tiefer. Während Brecht daran festhielt, daß »das erste Volk, das (Hitler) unterdrückte, das deutsche« war, wandte sich Thomas Mann gegen die zweckoptimistische Legendenbildung von der unterdrückten Nation. Obwohl er die innerdeutsche Widerstandsbewegung in seinen Rundfunksendungen nach Deutschland zur Kenntnis nahm, verwies er andererseits auf die Unterstützung des Regimes durch das deutsche Volk, das als solches »hinter dem Regime« stände und »seine Schlachten« schließe. Deshalb bestand Thomas Mann darauf, dem deutschen Volk eine moralische Bewährung in der Selbstbefreiung von Hitler abzuverlangen. Lediglich in der Ablehnung der Kollektivschuld waren sich Brecht und Mann einig, obwohl sie es nicht zugestehen wollten. Brecht beschuldigte den Romanschriftsteller in einem damals veröffentlichten Gedicht, eine zehnjährige Bestrafung des deutschen Volkes befürwortet zu haben. ¹⁵

Im August/September 1943 wurde in New York ein Initiativkomitee zur Bildung einer »Free Germany-Bewegung« gegründet, um in den

Vereinigten Staaten eine Alternative zum »Nationalkomitee Freies Deutschland« herzustellen. Es besteht kein Zweifel daran, daß man durch die Gründung einer überparteilichen Organisation einer rein kommunistischen Initiative zuvorkommen wollte. Diese überparteiliche Organisation sollte eine unabhängige Körperschaft darstellen, die »sich aus Personen (zusammensetzte), die verschiedenen politischen Richtungen (nahestanden), von den Liberalen und dem katholischen Zentrum, den Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten bis zu den Kommunisten«.¹⁶

Zum Vorsitzenden dieser Organisation wollte man Thomas Mann gewinnen, da sein Name in den USA politische Zugkraft besaß und unter den bürgerlichen und sozialdemokratischen Exilgruppen Überparteilichkeit garantierte. Am 27. oder 28. Oktober, als Thomas Mann sich auf einer Vortragsreise in New York befand, wurde ihm von Vertretern der »Free Germany-Bewegung« die »führende Beteiligung« angetragen, aber Thomas Mann hatte bereits den Entschluß gefaßt, amerikanischer Staatsbürger zu werden und keine politische Rolle in einem Nachkriegsdeutschland zu spielen.¹⁷ In seinem Tagebuch heißt es sarkastisch am 2. November 1943: »Im Laufe des Abends viel über meine Führer-Zukunft in Deutschland, vor der mich Gott bewahre.«¹⁸ Am 4. November konferierte Thomas Mann in New York mit Paul Tillich, Carl Zuckmayer, Paul Hagen, Siegfried Aufhäuser (SPD), Paul Hertz (SPD) und einigen anderen über die geplante Gründung. Die treibende Kraft hinter der »Free Germany-Bewegung« war Paul Hagen (eigentlich Karl B. Frank), der wegen seiner Mitgliedschaft in der linkssozialistischen Gruppe »Neu Beginnen« als Vorsitzender nicht in Frage kam. Bei dem Treffen in New York lehnte Thomas Mann den Vorsitz ab, erklärte sich jedoch bereit, wegen Anerkennung der »Free Germany-Bewegung« beim State Department zu intervenieren.

Inzwischen wurde aber durch die militärische und politische Entwicklung die Funktionsfähigkeit der Exilvertretungen in der Sowjetunion und in den westlichen Exilländern in Frage gestellt. Der Zusammenbruch der deutschen Sommeroffensive bei Kursk im Juli 1943 und das Scheitern der mysteriösen sowjetischen Friedensfühler in Stockholm im September 1943 führten zu einer Revision der sowjetischen Deutschlandpolitik mit dem Ziel der Niederwerfung von Wehrmacht und Reich.¹⁹ Den entscheidenden Ausschlag dazu gab die Einigung der Alliierten auf die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation. Auf der Konferenz von Casablanca vom 14. bis 26. Januar 1943 hatten sich die westlichen Alliierten auf die Formel der bedingungslosen Kapitulation festgelegt. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom 19. bis 20. Oktober 1943 wurde die Formel dann auch von der Sowjetunion übernommen. Damit waren die für Friedensverhandlungen mit einer deutschen Regierung ohne Hitler notwendigen Voraussetzungen entfallen. Die von westlicher Seite befürchtete Gefahr eines sowjetischen Separatfriedens war gebannt. Zugleich aber war damit

die Bedeutung der deutschen Exilvertretungen in der Sowjetunion und den westlichen Ländern sowie der deutschen Widerstandsbewegung innerhalb von Deutschland reduziert worden. Sie waren damit der Hoffnung beraubt, durch ein vorzeitiges Kriegsende günstige Friedensbedingungen für Deutschland herbeiführen zu können. Die Formel der bedingungslosen Kapitulation bedeutete, daß die Alliierten nicht länger zwischen dem deutschen Volk und dem NS-Regime unterschieden und auf Weiterführung des Krieges bis zur endgültigen Niederwerfung des Reiches bestanden.²⁰

Die Konferenz von Teheran, zu der sich Churchill, Roosevelt und Stalin vom 28. November bis 1. Dezember trafen, führte zu einer weiteren Koordinierung der alliierten Kriegsziele. Die Konferenz erbrachte nicht nur die feste Zusage der Errichtung der Zweiten Front, sondern auch die vorbehaltliche Anerkennung der sowjetischen Westgrenze vom Spätherbst 1939 sowie der polnischen Territorialentschädigung durch Ostpreußen und Gebiete Pommerns und Schlesiens. Die neue Konzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik läßt sich an der veränderten Funktion des Nationalkomitees erkennen, das seit dem Januar 1944 nur noch zur Frontpropaganda eingesetzt wurde, um deutsche Truppenteile zum Überlaufen zu bewegen. Die Garantie des geordneten Rückmarsches auf das Reichsgebiet und das Versprechen eines Verhandlungsfriedens waren durch die Formel der »Rettung durch Übertritt« ersetzt worden.²¹

Vor dem Hintergrund dieser militärischen und diplomatischen Entscheidungen, die eine radikale Bedeutungs- und Funktionsveränderung der deutschen Exilvertretungen in der Sowjetunion und den westlichen Ländern zur Folge hatte, fand Thomas Manns Intervention für die »Free Germany-Bewegung« beim State Department statt. In einem entsprechenden Brief vom 18. November 1943 an Adolf A. Berle, Assistant Secretary of State, umriß Thomas Mann die Pläne und Ziele der geplanten Organisation. Die Bewegung könnte »zur Unterstützung der politischen Kriegsführung die Menschen in Deutschland beeinflussen«, und sie könnte sich, wegen ihrer »Kenntnis der deutschen Mentalität, beratend amerikanischen Behörden als nützlich erweisen«.²² Thomas Mann hielt eine Anerkennung der Bewegung durch die amerikanische Regierung für unbedingt notwendig. Die Unterredung mit Berle am 25. November 1943 in Washington, D. C., verlief zu Thomas Manns Erleichterung »mit glücklich negativem Ausgang«, wie es in seiner Tagebucheintragung für diesen Tag heißt. Bei der Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik – das Gespräch fand zwischen der Außenministerkonferenz in Moskau und dem Dreiertreffen in Teheran statt – war es nicht überraschend, daß sich das State Department einer »Free Germany-Bewegung« gegenüber abwartend, gar ablehnend verhielt.

Am 26. November berichtete Thomas Mann in New York Paul Tillich und den Befürwortern der »Free Germany-Bewegung« über seine Unterredung mit Adolf A. Berle. In der Tagebucheintragung für die-

sen Tag heißt es mit deutlicher Distanzierung: »Versammlung der ›Herren‹ bei mir. Erhitzende Angelegenheit, sie abschlägig zu bescheiden und zu trösten.« Am 29. November wandte sich Thomas Mann in einem Leserbrief an die »New York Times« gegen Gerüchte über seine angeblich vom State Department empfohlene Teilnahme an einem »Free Germany-Komitee«, und er bezeichnete den gegenwärtigen Zeitpunkt als ungeeignet für die Bildung eines solchen Komitees. Diese ablehnende Haltung trug ihm den bekannten Brief von Bertolt Brecht vom 1. Dezember ein, den Thomas Mann postwendend unter Wiederholung seiner Bedenken am 10. Dezember 1943 beantwortete. Während Brecht dogmatisch an der Zwei-Deutschland-These festhielt, wie sein Aufsatz »The Other Germany« von 1943 zeigt, entwickelte Thomas Mann in den folgenden Jahren sowohl in seinen politischen Reden als auch in seinem Roman *Doktor Faustus* den Gedanken von der letztendlichen Identität des »einen« und des »anderen« Deutschland.²³

So trat im Mai 1944 der Gründungsausschuß des Council for a Democratic Germany ohne die erhoffte Teilnahme von Thomas Mann zusammen. Auch der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning, der der katholischen Zentrumspartei angehörte, hatte ähnlich wie Thomas Mann den Vorsitz abgelehnt, solange nicht eine ausdrückliche Aufforderung der amerikanischen Regierung vorläge. So wurde der Vorsitz von Paul Tillich übernommen, dessen Name in Amerika, ähnlich wie der Thomas Manns, moralische Zugkraft besaß. Aufgrund seiner politischen Vergangenheit als religiöser Sozialist besaß Tillich den Ruf der Überparteilichkeit. Als ehemaliges SPD-Mitglied war er weder als Links- noch als Rechtsextremer belastet. Seine Gegnerschaft zum NS-Regime war bekannt. Der protestantische Theologe war 1933 seines Lehrauftrages an der Universität Frankfurt entbunden worden und emigrierte noch im selben Jahr in die Vereinigten Staaten. Auf Einladung des amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr lehrte er am Union Theological Seminary und an der Columbia University in New York. Seit 1936 hatte Tillich sich in zahlreichen öffentlichen Reden zur Lage der deutschen Emigration als Wortführer des politischen Exils in den Vereinigten Staaten profiliert.²⁴ Von 1942 bis 1944 hatte er für das Office of War Information eine Serie von 109 Rundfunkreden nach Deutschland verfaßt. Tillich besaß wertvolle Kontakte zu amerikanischen Intellektuellen und zum Weißen Haus, so daß er nach Thomas Mann für das Amt des Vorsitzenden nahezu prädestiniert erschien.

Am 15. Mai 1944 wandte sich der Council for a Democratic Germany mit einem Gründungsmanifest an die amerikanische Öffentlichkeit, das von zwei verschiedenen Gruppen unterzeichnet worden war: von den deutschen Exilanten und von einer Gruppe amerikanischer Staatsbürger, die das Programm des Council unterstützten. Zur ersten Gruppe gehörten u. a. Elisabeth Bergner, Bertolt Brecht, Oskar Homolka, Peter Lorre und Erwin Piscator, zur zweiten Reinhold Niebuhr und Dorothy Thompson. Die amerikanische Gruppe bezeichnete

sich als American Friends of German Freedom und beteiligte sich mit 57 Unterschriften an dem »Programm für ein demokratisches Deutschland.«²⁵ Thomas Mann verweigerte die Unterschrift, aber enthielt sich jeder öffentlichen Stellungnahme gegen den Council, auch als er von amerikanischen Journalisten dazu aufgefordert wurde.²⁶

Auf der ersten öffentlichen Veranstaltung des Council am 17. Juni 1944 in New York verwies Paul Tillich auf drei Probleme: die Zusammensetzung des Council, seine Organisation und die Reaktion der Öffentlichkeit. Dabei betonte er die »balancierte Front« des Council:

»Wir haben mit größter Sorgfalt darauf geachtet, daß sogenannte Bürgerliche, Persönlichkeiten, die dem Zentrum, der Sozialdemokratie, der Neubeginnen-Gruppe, dem Kommunismus nahestanden, sowie Parteilose in angemessener Proportion im Council vertreten sind.«

Der Council sollte nicht ein »Spiegelbild« der deutschen Exilgruppen in Amerika darstellen, sondern »die zu erwartenden Kräfte eines demokratischen Wiederaufbaus in Deutschland« abbilden.²⁷ Im Gegensatz zum Nationalkomitee Freies Deutschland erfolgte die aktive Mitgliedschaft im Council nur auf Einladung und durfte unter keinen Umständen die »Balance-Struktur« der im Council vertretenen Richtungen gefährden. Für die Zusammensetzung des Council war die »Wahlgeometrie« der Weimarer Republik ausschlaggebend.²⁸ Diese Organisationsform läßt darauf schließen, daß zumindest eine Reihe von Mitgliedern mit dem Gedanken einer Exilregierung spielte, indem der Council sorgfältig darauf angelegt war, mit der letzten amtierenden demokratischen und völkerrechtlich anerkannten Regierung in Deutschland übereinzustimmen.²⁹

Auch die Geschäftsordnung war auf völkerrechtliche Legitimation angelegt. Während das Nationalkomitee Freies Deutschland als Plenum mit einfacher Mehrheit beschließen konnte, erforderte die »Balance-Struktur« des Council den Konsensus sämtlicher Fraktionen. Keine Fraktion konnte sich mittels Abstimmung über die Opposition einer Minderheit hinwegsetzen, jedoch jede Fraktion konnte als Sperrminorität die Arbeit des Council blockieren, wie es tatsächlich im Herbst 1945 geschah, als der Council aufgrund der kommunistischen Opposition geschäftsunfähig wurde.

Als letzten Punkt betonte Tillich im Juni 1944 die Öffentlichkeitsarbeit. Zwischen September 1944 und Mai 1945 gab der Council fünf Nummern seines Bulletins heraus, das in englischer Sprache erschien. Bereits in der ersten Nummer des »Bulletin of the Council for a Democratic Germany« sah sich Tillich gezwungen, dem Vorwurf des Nationalismus entgegenzutreten. Die Mitglieder wären zu Flüchtlingen geworden, weil sie immer gegen diesen Nationalismus gekämpft hätten. Tillich versuchte, die Kluft zwischen Immigranten und Exilierten, die sich zu diesem Zeitpunkt auftat, zu überwinden, und sprach sich eindeutig für den »vollständigen Sieg« der alliierten Truppen aus. Es

ginge dem Council nicht darum, ob Deutschland harte oder milde Friedensbedingungen gestellt würden, sondern nur darum, »ob der erwartete Friede schöpferische Möglichkeiten in sich birgt und allen europäischen Völkern jene Menschenwürde und Möglichkeiten schenkt, zu deren Verteidigung dieser Krieg geführt wurde.«³⁰

Im September 1944 legte Präsident Roosevelt den sogenannten Morgenthau-Plan vor, der die Aufteilung des neuen Deutschland in zwei autonome Staaten vorsah, ferner die Demontage der Ruhrindustrie sowie Reparationen und Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung für die Dauer von zwanzig Jahren. Das Hauptziel des Morgenthau-Plans bestand in der Ausschaltung des für einen zukünftigen Krieg notwendigen Industriepotentials. Aufgrund der Opposition des State Department, dem die deutsche Schwerindustrie für den Wiederaufbau Europas notwendig zu sein schien, zog Roosevelt Ende September 1944 seine Zustimmung zum Morgenthau-Plan zurück.³¹ Der Council lehnte den Morgenthau-Plan mit der Veröffentlichung einer Presseerklärung in der zweiten Nummer des Bulletins im Oktober 1944 ab, in der die vorgeschlagene Strukturveränderung Deutschlands als »umgekehrter Hitler-Plan« (Hitler's plan in reverse) bezeichnet wurde.³²

Die erste Krise im Council wurde durch die Konferenz von Jalta vom 3. bis 11. Februar 1945 hervorgerufen, auf der Churchill, Roosevelt und Stalin die Besetzung, Kontrolle und Reparationen des besiegten Deutschlands beschlossen, ohne daß Einzelheiten festgelegt wurden. Polen wurde territorialer Zuwachs im Westen zuerkannt, doch die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde auf eine zukünftige Friedenskonferenz vertagt. Die Krim-Konferenz, wie sie in den Vereinigten Staaten genannt wurde, führte zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Council, die Tillich mit der Veröffentlichung von sechs verschiedenen Stellungnahmen zu überbrücken suchte. In der vierten Nummer des Bulletins wurden von der Mehrheit der Mitglieder die Gemeinsamkeiten zwischen dem Council und der offiziellen Presseerklärung über die Konferenz auf der Krim herausgearbeitet. Mit Ausnahme von Paul Hagen, der gegen den vorgesehenen »halbkolonialen Status für Deutschland« protestierte, glaubte man, daß die Entscheidungen der Konferenz weitgehend im Interesse eines zukünftigen demokratischen Deutschlands getroffen worden seien. Die verschiedenen Stellungnahmen ließen eine eindeutige Mehrheit erkennen. Daß man keine einheitliche Erklärung zustande brachte, ist als »katastrophal« für die Öffentlichkeitsarbeit des Council bezeichnet worden,³³ doch der Council überstand diese Krise. In der fünften Nummer des Bulletins vom Mai 1945 wurden einstimmig die in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen verurteilt und ein Notstandsprogramm für Deutschland entwickelt.

Der Council bestand bis zum Herbst 1945, bis er schließlich an einem Protest gegen das Abkommen der Potsdamer Konferenz scheiterte, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 zur Durchführung der Krim-

Deklaration einberufen worden war. Als neue Punkte waren hinzugekommen die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens bis zur Regelung durch einen Friedensvertrag, die Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebiets an die Sowjetunion sowie die Überführung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland. Paul Tillich hielt das Potsdamer Abkommen für das Ende Deutschlands als »Reich« und gebrauchte in einem Privatbrief an Friedrich Baerwald, den Vertreter der Zentrumsparlei im Council, das Wort von der »Liquidierung Deutschlands«. Für Tillich stellten die wirtschaftlichen und territorialen Regelungen von Potsdam eine »radikale Annahme des Morgenthauplans« dar.³⁴ In einem Entschließungsentwurf wandte sich Tillich in erster Linie gegen die wirtschaftlichen Entscheidungen, die er für untragbar hielt. Seiner Ansicht nach bedeuteten sie »entweder das Aussterben von erheblichen Teilen des deutschen Volkes oder die Notwendigkeit seiner Ernährung von außen auf unbegrenzte Zeit«. Er sah dadurch die Schaffung eines »lebensfähigen, demokratischen Deutschlands« gefährdet. Ferner suchte Tillich einen gemeinsamen Protest sowohl gegen »die Methoden der Evakuierung, der Deportation und der Zwangsarbeit« als auch gegen die »oft sehr wohlwollende Stellungnahme der Besatzungsbehörden zu früheren Nazis und ihren politischen Verbündeten« einzulegen.³⁵ Die kommunistischen und einige der parteilosen Mitglieder des Council verweigerten jedoch die Zustimmung zu einer öffentlichen Kritik an den Potsdamer Beschlüssen. Sie nutzten die »Balance-Struktur« des Council dazu aus, um weitere gemeinsame kritische Erklärungen zu verhindern. Die »Balance-Struktur« machte es andererseits unmöglich, sich mittels Abstimmung über die kommunistische Opposition hinwegzusetzen. Daraufhin kam es zu Austrittserklärungen aus entgegengesetzter Richtung. Sowohl Paul Hagen als Vertreter der linkssozialistischen Gruppe »Neu Beginnen« als auch Friedrich Baerwald als Hauptvertreter der Katholiken sagten ihre weitere Mitarbeit unter Protest auf. Damit war das Ende des Council besiegelt. Seine letzte Sitzung fand am 15. Oktober 1945 statt.³⁶

Tillich hatte die Aufgabenstellung des Council nach Beendigung des Krieges in der Herstellung einer »Brücke« zwischen den demokratischen Kräften in Deutschland und »denjenigen Kreisen in Amerika« gesehen, »die dem Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands sympathisch gegenüberstehen«. Es sollte gezeigt werden, daß es sowohl in Deutschland als auch außerhalb seiner Grenzen Vertreter eines »anderen Deutschland« gab, die einen demokratischen Wiederaufbau in Deutschland einleiten könnten.³⁷ Daß dem von Tillich konzipierten Entschließungsentwurf von den kommunistischen und parteilosen Mitgliedern des Council die Zustimmung verweigert wurde, lag nicht an dem implizierten Begriff des »anderen Deutschland« – denn dieser wurde ja auch von den Kommunisten vertreten –, sondern an der Anti-Potsdam-Erklärung. Die Kritik schien sich in erster Linie

gegen die Sowjetunion zu richten, die am meisten von der Potsdamer Konferenz zu profitieren hatte. Obwohl sich Tillich auch gegen »die Herrschaft der Verwalter der Atombombe [...] zur Aufrechterhaltung des Monopolkapitalismus« wandte, so waren doch seine Bedenken gegen die Oder-Neiße-Linie weitaus schwerwiegender. Tillich sah durch die Oder-Neiße-Linie, wie einem Privatbrief an Friedrich Baerwald zu entnehmen ist, »die 1000jährige Geschichte der deutschen Ostsiedlung rückgängig gemacht« und den deutschen Protestantismus »mit all den kulturellen Kräften, die er produziert hat, [...] ausgerottet«. ³⁸ Es ist unwahrscheinlich, daß Tillich seine Privatmeinung völlig verbergen konnte, und es war daher im Grunde voraussagbar, daß die kommunistischen Mitglieder einer Anti-Potsdam-Erklärung des Council ihre Zustimmung verweigern würden. Die weitere Zusammenarbeit im Council war nur um den Preis der Zustimmung zu den Potsdamer Beschlüssen zu erkaufen. Da sich in der Diskussion der Alliierten bereits Verbesserungen abzeichneten, war es nach der Meinung von Paul Hagen »schlechthin pervers«, an dem derzeitigen Status festzuhalten, der ein Übergangstatus sei. ³⁹

Der Council for a Democratic Germany bezeichnete sich zu keinem Zeitpunkt als Exilregierung, obwohl man sich in der Organisation alle Möglichkeiten dazu offengehalten hatte. Dennoch hofften die Mitglieder des Council auf eine Mitwirkung bei der Gestaltung der Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten. Diese Hoffnungen erwiesen sich jedoch als verfehlt. Obwohl bei der Regierung Roosevelt, im Kongreß und bei der amerikanischen Presse Sympathien für prominente Exilanten bestanden und eine Anzahl von ihnen zur Mitarbeit im Office of Strategic Services (OSS) oder Office of War Information (OWI) herangezogen wurde, gelang es dem Council zu keinem Zeitpunkt, die amerikanische Deutschlandpolitik maßgeblich zu beeinflussen. ⁴⁰ Nach Ansicht von zeitgenössischen Zeugen und Historikern bestand dazu eine echte Chance, die aber nicht wahrgenommen wurde. Man hat dieses Versagen auf die Gespaltenheit des deutschen Exils oder auf »Defizite der politischen Kultur« zurückzuführen gesucht. ⁴¹ Der Hauptgrund bestand m. E. jedoch in der alliierten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, die jegliche Verhandlungen selbst mit Vertretern eines »anderen Deutschland« von vornherein ausschloß. Deshalb stand das State Department seit 1942 dem Gedanken einer deutschen Exilregierung ablehnend gegenüber. Aus dem gleichen Grunde wurde das Nationalkomitee Freies Deutschland in der Sowjetunion seit 1944 nur noch zur Überläuferpropaganda eingesetzt. Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 gab es für die Alliierten weder de jure noch de facto eine deutsche Vertretung, mit der sie hätten verhandeln können.

Ein weiterer Grund für das Versagen des Council ist in der Persönlichkeit des Vorsitzenden zu suchen. Tillich, der als Sohn eines evangelisch-lutherischen Pfarrers in einem kleinen Dorf in der Provinz Brandenburg, östlich der Oder-Neiße-Linie, geboren und als evangeli-